

Bundeskonferenz des Bundesverbandes Information und Beratung für NS-Verfolgte

Michael Teupen: »Es gilt, wachsam zu bleiben«

Der Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte hat am 23.11.2012 einen neuen Vorstand gewählt. Der geschäftsführende Vorstand setzt sich u.a. zusammen aus Prof. Dr. Felix Kolmer (Vorsitzender, als Nachfolger der verstorbenen Regina Suderland), Sofie Brabanski (stellvertretende Vorsitzende) und Inge Spiecker (Schatzmeisterin). Die VVN-BdA gehört dem Bundesverband korporativ an und gehört zu den Gründungsmitgliedern. Sie wurde auf der Mitgliederversammlung von Traute und Ulrich Sander vertreten. Der Geschäftsführer des Verbandes Michael Teupen stellte uns diesen Beitrag über die Aufgabenstellen des Verbandes zur Verfügung:



Prof. Dr. Felix Kolmer (90) aus Prag wurde zum neuen Vorsitzenden des Bundesverbandes gewählt. Er ist Vizepräsident des Internationalen Auschwitzkomitees.

der Euthanasie in den verschiedenen Irrenanstalten, Asoziale wurden zwangssterilisiert. Für die Sklavenarbeit in der Rüstungsindustrie wurden die Bewohner ganzer Dörfer deportiert, aus dem Osten, aber z. B. auch aus Frankreich.

In Anbetracht dieser zahlreichen Gruppen, die von den Nationalsozialisten verfolgt wurden, fällt es schwer zu glauben, dass die Bevölkerung, wie so häufig nach dem Krieg dargestellt, nichts davon gewusst habe. Nicht nur der Staat und die Industrie in Deutschland profitierten von den Verfolgungsmaßnahmen, auch viele Einzelne: Wohnraum wurde zur Verfügung gestellt, das Hab und Gut deportierter Juden verkauft und versteigert.

Einige konnten sich retten, indem sie Deutschland rechtzeitig verließen, andere blieben, weil sie sich nicht vorstellen konnten, dass z. B. ein hochdekorierter Offizier des Ersten Weltkriegs Opfer von Verfolgung werden könnte. Wenige überlebten diese Zeit in Deutschland: Sie mussten sich in Kellern oder Wäldern verstecken, hausten in Verschlagen, sie hungerten und lebten ständig in der Angst, entdeckt, verhaftet und ermordet zu werden. Es ist nachvollziehbar, dass diejenigen, die den Krieg und die Nazi-Diktatur überlebten, zum Teil schwere Schäden davontrugen, sowohl körperliche als auch seelische.

Nach Kriegsende am 8. Mai 1945 wurde entnazifiziert. Die Entnazifizierung wurde aber großzügig gehandhabt, nur die Täter, denen man eine aktive Teilnahme am

Unrechtsregime Hitlers nachweisen konnte, mussten sich - und auch dies nur zum Teil - der Justiz der Alliierten stellen, ab Ende der 50er Jahre vereinzelt auch der bundesdeutschen Justiz.

Von den Emigranten, die Deutschland verlassen hatten, kamen nur wenige zurück. Einige der aus dem Osten in das damalige Reichsgebiet verschleppten Ostarbeiter blieben in Deutschland, weil sie befürchten mussten, in ihrem Heimatland als Kollaborateure wiederum verfolgt zu werden.

Im Jahr 1949 entstand dann die Bundesrepublik Deutschland, ein demokratischer Rechtsstaat. Es hatte sich zwar das Staatswesen geändert, aber keineswegs die Bevölkerung. Dieselben Gruppen, die von den Nazis verfolgt wurden, hatten auch weiterhin erhebliche Nachteile zu erwarten, weil sich der Ungeist des Nationalsozialismus immer noch in den Köpfen sehr vieler Menschen befand. Personelle Kontinuitäten gab es vor allem im politischen Bereich unter Konrad Adenauer, in der Justiz und in der Ärzteschaft. Man meinte, sich genötigt zu sehen, auf die Erfahrungen dieser Personen zurückzugreifen, um ein funktionierendes System aufzubauen. In der »sowjetisch besetzten Zone« wurde grundlegend anders verfahren: Dort wurden tatsächlich die meisten NS-Täter aus verantwortlichen Positionen entfernt.



Erzähl- und Begegnungscafés für NS-Verfolgte: Hier wird Überlebenden des NS-Regimes ein Ort zum Austausch und der Begegnung geboten.

Für die Opfer der NS-Zeit in der jungen Bundesrepublik gab es gravierende Konsequenzen. Das Bundesentschädigungsgesetz war auf die Entschädigung von »rassisch, religiös und politisch Verfolgten« begrenzt. Allerdings wurde das Gesetz sehr bald so gehandhabt, dass politisch Verfolgten, in erster Linie Kommunisten, jegliche Entschädigung vorenthalten wurde. Auch Sinti und

Roma wurde der Status der rassistisch Verfolgten nicht zuerkannt. Vielmehr entschieden in den 60er Jahren noch höchste Gerichte, dass es sich bei der zwangsweisen Umsiedlung der Sinti und Roma um eine rein ordnungspolitische Maßnahme gehandelt habe, nicht um Unrecht. Dies änderte sich erst durch eine Klarstellung von Bundeskanzler Helmut Schmidt.

Besonders benachteiligt waren auch die Menschen, die wegen ihrer sexuellen Identität verfolgt gewesen waren. Da in der Bundesrepublik Homosexualität bis 1969 unter Strafe gestellt war, konnte nur theoretisch Entschädigung beantragt werden. Dies wäre jedoch nur um den Preis einer strafrechtlichen Verfolgung möglich gewesen. Auch später war eine Antragstellung für diesen Personenkreis stets mit der Gefahr gesellschaftlicher Ächtung verbunden. In den 70er und 80er Jahren entstanden auf Bundes- und Landesebene weitere Entschädigungsregelungen.

Es wäre falsch zu behaupten, dass sich in den vergangenen Jahren nichts verbessert habe. Es gibt zahlreiche Initiativen, die sich mit den Verbrechen der Nazis auseinandersetzen, es gibt engagierte Bürger, es gibt Möglichkeiten der Entschädigung. Dennoch liegt noch vieles im Argen. So gibt es weiterhin nicht entschädigte Opfergruppen, wie z.B. italienische Militärinternierte oder sowjetische Kriegsgefangene. Die Frage der Schädigung und Beeinträchtigung der »Zweiten Generation« wird bewußt nicht wahrgenommen oder negiert, der Ruf »Jetzt muss auch mal Schluss sein« ist nach wie vor zu hören.

Es bleiben viele Aufgaben für den Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte: Vor dem Hintergrund, dass über zehn Jahre lang rechtsextremistische Morde begangen wurden, ohne dass die Täter auch nur identifiziert werden konnten, gilt es, wachsam zu bleiben und sich den Tendenzen der Wiedererstarkung von Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Antiziganismus (»Zigeuner«-Feindlichkeit) entgegenzustellen

(zuerst erschienen in den Bagso-Nachrichten, d.h. Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen, Bonn)

Deutsch-Italienische Historikerkommission verpasst eine Chance

Keine Entschädigung für die ehemaligen italienischen Militärinternierten

Die Historikerkommission hat dreieinhalb Jahre lang getagt und sich mit der deutsch-italienischen Kriegsvergangenheit und insbesondere dem Schicksal der nach Deutschland deportierten Italienischen Militärinternierten beschäftigt.

Nun ist der Bericht der Kommission veröffentlicht worden. Es wäre die Chance gewesen, den Regierungen

von berufener Seite aus klarzumachen, dass eine Entschädigung für die ehemaligen Militärinternierten (IMI) längst überfällig ist.

Doch die Chance wurde vertan, wird vom Bundesverband für Information und Beratung für NS-Verfolgte bemängelt. Die IMI sind, das zur Erinnerung, vermittels eines völkerrechtlichen Taschenspielertricks von den Entschädigungszahlungen der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft ausgeschlossen worden.

Auf dem Wunschzettel der Historiker stehen Gedenkstätten, Ausstellungen, Auskunftsstellen, eine deutsch-italienische Zeitgeschichtsstiftung, Forschungsstipendien und ein Übersetzungsfonds an eine Entschädigung für die noch lebenden IMI hat wieder einmal niemand gedacht.

Es ist richtig und wichtig, der Opfer des Nazi-Terrors zu gedenken, zu denen auch die IMI gehören mindestens genauso wichtig ist es aber, den Überlebenden Respekt und

Anerkennung entgegenzubringen und zumindest ansatzweise Gerechtigkeit zu schaffen. Es ist traurig und für die deutsche Seite erneut peinlich, dass die Historikerkommission sich noch nicht einmal zu einem Appell an die deutsche Regierung durchringen konnte, den überlebenden IMI die Entschädigung zukommen zu lassen, um die sie bisher betrogen worden sind.

Dr. Jost Rebutisch
(Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V.)

Aufruf zur Spurensuche 80 Jahre nach der Machtübertragung an die Nazis

Fotogalerie zu Verbrechen der deutschen Wirtschaft 1933-1945 eröffnet

Im 80. Jahr nach 1933 setzt die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten ihre Spurensuche »Verbrechen der Wirtschaft 1933-1945« mit einer neuen Bewegung für die Kenntlichmachung von Tatorten der Verbrechen der ökonomischen Eliten fort. Wurden bisher nur in NRW Tatorte gekennzeichnet und recherchiert und dann in einem Buch sowie auf einer Website dokumentiert, so geht es nunmehr darum, eine bundesweite Fotosammlung zum Thema anzufertigen.

Die Vereinigung von antifaschistischen Fotografen »r-mediabase« dokumentiert ab sofort in einem Dauerprojekt mit der VVN-BdA Fotografien zum Thema »Verbrechen der Wirtschaft in der Zeit von 1933 bis 1945«. Dieses Projekt fand schon erheblichen Zuspruch.

Mit den Stolpersteinen des Künstlers Gunter Demnig werden bekanntlich die Opfer geehrt. Es sollten – so meinen wir – aber auch Täter und Tatorte öffentlich bekannt werden. Rund 30 dieser Tatorte hat die VVN-BdA NRW 2012 in einer Zwischenbilanz in dem Buch »Von



Alle hoch geehrt: Thyssen, Krupp, Sohl. Solche Ehrungen wollen wir nicht

Arisierung bis Zwangsarbeit – Verbrechen der Wirtschaft« dokumentiert.

Denn auch heute noch werden die damaligen Täter aus dem Kreis

ökonomischer Eliten öffentlich geehrt, wo eine schonungslose öffentliche Auseinandersetzung mit ihnen nötig wäre. Mit einer virtuellen Gedenk- und Aufklärungsgalerie sollen Lehren aus der Geschichte im örtlichen und regionalen Umfeld gezogen werden.

Politisch engagierte Menschen und Fotoaktivisten sind aufgefordert, sich zu beteiligen. Beispielsweise mit dem Ablichten von Tafeln von Straßenschildern, Plätzen und Orten von Zwangsarbeit, von Betrieben mit NS-Sklavenarbeit, von

Deportation oder Arisierung. Es sollen die Opfer, aber auch die Täter nicht vergessen sein. So entstehen Mahntafeln ganz neuer Art.

Interessenten wenden sich bitte an: post@r-mediabase.eu und erhalten dann Informationen über den weiteren Ablauf. Die Exponate in diesem Fotoprojekt des Medienportals www.r-mediabase.eu sind unter der Rubrik »Politik und Gesellschaft«, »Verbrechen der Wirtschaft 1933-1945« zu finden.



Ulsnis an der Schlei/Schleswig-Holstein

Sachsenhausen-Komitees in Deutschland

Anmerkungen zu unserer eigenen Geschichte

Die Redaktion erreichten mehrere Leserbriefe, die sich auf den Beitrag von Andreas Meyer und Regina Szepansky zum 15jährigen Bestehen des »Sachsenhausen-Komitees in der BRD e. V.« bezogen. (Siehe antifa-Nov./Dez.2012)

So schrieb Helmut Weigt aus Neuss:

»Interessanterweise – für mich allerdings nicht überraschend – findet man in diesem Rückblick auf die Interessengemeinschaft ehemaliger Sachsenhausener einen Namen nicht: Heinz Junge aus Dortmund, langjähriger Generalsekretär des Sachsenhausen-Komitees für die Bundesrepublik Deutschland.

Er verbrachte acht Jahre in den Gefängnissen und Lagern der Faschisten. Streitfähiger Kommunist, der er war, hat er bis zu seinem Tode im Jahr 2004 viel für die antifaschistische Sache geleistet. Er war für mich väterliches Vorbild – wie auch sein Kamerad Werner Staake aus Oranienburg.

Ich weise die Schmähung, die »Öffnung zu einer breiteren Bündnispolitik wurde vom Sachsenhausen-Komitee für die Bundesrepublik nicht vollzogen« mit Nachdruck zurück.«

Günter Gleising aus Bochum kritisierte:

»Von der Arbeit des Sachsenhausen-Komitees der »alten« Bundesrepublik erfährt die Leserin und der Leser nichts.

Dabei leisteten die Kameradinnen und Kameraden in den 1950/60/70er

Jahren eine große Arbeit und trugen wesentlich dazu bei, dass die Verbrechen der Nazis nicht verschwiegen werden konnten, die Verjährung von Nazi-Verbrechen verhindert und die Tätigkeit der Gedenkstätte Sachsenhausen auch in der BRD beachtet wurde.



Obelisk in der Gedenkstätte Sachsenhausen

Ich füge diesem Schreiben die Kopien von zwei Dokumenten bei, die diese Arbeit belegen, die von ständigen Repressalien begleitet war.

Etwas mehr Differenziertheit wäre sicherlich angebracht. Auch um zu erfahren, aus welchen Gründen die »Leitung des Sachsenhausenkomitees für die Bundesrepublik« sich nicht an der »Neugründung« beteiligte, oder wie die »Kompromissbereitschaft« des neuen Komitees mit der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten ausgesehen hat«

Und Reinhard Junge, Sohn des langjährigen Generalsekretärs des Sachsenhausen-Komitees der BRD, Heinz Junge, merkte an:

»In der aktuellen Ausgabe der »antifa« hat mich der Artikel über die Geschichte der Sachsenhausen-Komitees sehr befremdet, da er die Tätigkeit der Sachsenhausen Lagergemeinschaften vor 1989 vollkommen ausklammert.

Auf diese Weise könnte vor allem bei jüngeren Lesern der Eindruck geschehen, es hätte vorher keine Erinnerungsarbeit gegeben. Als Sohn des ehemaligen Häftlings Heinz Junge habe ich das aber seit meiner Kindheit ganz anders erlebt.«



Faksimile der von Heinz Junge (Dortmund) herausgegebenen Sachsenhausen-Informationen (hier eine Ausgabe vom April 1964)

Die Redaktion macht darauf aufmerksam, dass die in den Landes- und Mitgliedsorganisationen ausschließlich von diesen selbst verantwortet werden. Die unterschiedlichen Sichten der Verfasser und Leserbriefautoren sollten im Rahmen der VVN-BdA, z. B. auf der geplanten Geschichtskonferenz, weiter diskutiert werden.

Regina Girod

Petition an den nächsten Bundestag geplant

Das KPD-Verbotsurteil widerspricht der Demokratie

Die Initiativegruppe für die Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges (IROK), Sitz Essen, legt neun Monate vor der Bundestagswahl eine Erklärung »KPD-Verbotsurteil von 1956 aufheben« vor.

Dem 18. Deutsche Bundestag soll die Erklärung mit möglichst vielen Unterschriften sofort nach

Konstituierung als Petition vorgelegt werden.

Die Initiatoren, darunter Prof. Erich Buchholz, Berlin; Sevim Dagdelen MdB »Die Linke«, Duisburg; Gerd Deumlich, Essen; Prof. Georg Fülberth, Marburg; Prof. Nina Hager, stellv. DKP-Vorsitzende, Berlin, Ulrich Sander, Bundessprecher der VVN-BdA, Dortmund, Prof. Heinrich Fink (VVN-BdA Bundesvorsitzender) wollen daran erinnern, dass eine

Demokratie und die Illegalisierung von Kommunistinnen und Kommunisten nicht zusammenpassen.

Kein anderes Land der EU kennt ein derartiges Urteil, das sich tendenziell gegen alle Linken richtet. Auch wenn es die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) gibt, ändert dies nichts an dem zwingenden Gebot, »das unsägliche Urteil aus dem Jahr 1956 aufzuheben«, mit dem Adenauer die Partei verbieten

ließ, die große Beiträge im Kampf gegen den Faschismus erbrachte und unvergessene Beiträge im Ringen gegen die Wiederbewaffnung in Deutschland leistete, wofür zahlreiche ihrer Mitglieder mit Gefängnisstrafen belegt wurden.

Wer mitmachen möchte, wende sich an

irokkinfo@arcor.de

Matinee zum 100. Geburtstag von Ettie Gingold

»Endlich ein freier Mensch sein!«

Mit einer Matinee im Frankfurter Titania-Theater wird am Sonntag, dem 17. Februar 2013, der 100. Geburtstag von Ettie Gingold gefeiert.



Ettie Gingold

Auftretens gewann sie das Interesse und die Sympathie vieler Menschen. Die Stadt Frankfurt am Main ehrte sie 1991 mit der Verleihung der Johanna-Kirchner-Medaille.

Veranstaltet wird die Matinee von der Ettie-und-Peter-Gingold-Erinnerungsinitiative in Zusammenarbeit mit dem Freien Schauspiel Frankfurt.

Mitwirkende an der Matinee sind neben Mitgliedern des Freien Schauspiel-Ensembles die Sängerin und Antifaschistin Esther Bejarano mit der Gruppe Microfone Mafia.

Neben den musikalischen Darbietungen stehen Lesungen von Texten von und über Ettie Gingold, Bildpräsentationen und eine Gesprächsrunde mit Weggefährten/innen auf dem Programm.

Beginn um 11 Uhr im Titania in Frankfurt-Bockenheim (Basaltstr. 23). Eintritt 10 Euro (ermäßigt 5 Euro). Vorverkauf über das Freie Schauspiel Frankfurt <http://www.freieschauspiel.de>.

Ettie Gingold, 2001 verstorben, war zeit ihres Lebens eine mutige, kämpferische und außergewöhnlich engagierte Frau. Emigriert nach Frankreich, wo sie Peter Gingold kennenlernte und heiratete, engagierte sie sich während der Naziokkupation ebenfalls in der französischen Widerstandsbewegung Résistance gegen den deutschen Faschismus. Nach der Befreiung war sie später in der Bundesrepublik vor allem gegen jede Rüstungs- und Kriegspolitik aktiv. Sie allein sammelte über 12.000 Unterschriften unter den Krefelder Appell gegen die Stationierung von Atomraketen.

Mit ihrer freundlichen, eher leisen und doch beharrlichen Art ihres

Neonazi-Aktivismus mit Klein- und Einzelaktionen Mehr scheinen als sein

Verzweifelt versucht die NPD ihre Präsenz und öffentliche Darstellung zu verbessern. Nachdem die NPD-Sommertour ein Desaster wurde, versuchten Aktivisten der »Jungen Nationaldemokraten« (JN) mit Einzelauftritten zu punkten.

So meldeten sie für den 10. November in Hünfeld einen Aufmarsch unter dem Motto »Damals wie heute – die Freiheit erkämpfen« an. Obwohl nach einem zwischenzeitlichen Verbot der Demo sogar das Tragen von Fackeln gerichtlich erlaubt wurde, kamen nur knapp 80 Neonazis, darunter Abordnungen aus Thüringen und Niedersachsen. Breite Proteste aus der Bevölkerung und antifaschistischer Initiativen ließen den »Rundlauf« ebenfalls floppen.

Somit verlegte sich die JN auf öffentlichkeitswirksame Kleinaktionen, wie z.B. bei der Gedenkfeier des Kreises Hersfeld-Rotenburg zum Volkstrauertag. Gegen Ende der Rede des Landrats legten fünf

junge Männer ein Gesteck der NPD am Mahnmal für die Gefallenen der Weltkriege nieder. Auch in Kassel deponierten Vertreter der »Freien Kräfte« im Schutz der Dunkelheit an einem Kriegerdenkmal ein Gesteck. Solch Aktivismus ändert jedoch nichts daran, dass sich in der früheren NPD-»Vorzeigeregion« Main-Kinzig-Kreis Auflösungsstendenzen zeigen.

Mitte November wurde in Sinnatal der hessische Landesverband der Worch-Organisation »Die Rechte« gegründet. Zum Landesvorsitzenden wurde Pierre Levien gewählt. Er kandidierte im Frühjahr 2011 für die NPD in Gelnhausen, war Kreisvorsitzender der NPD im Main-Kinzig-Kreis und seit März 2012 Beisitzer im NPD-Landesvorstand. Leviens Stellvertreter ist Duancon Bohnert, ebenfalls früheres NPD-Vorstandsmitglied im Kreis Main-Kinzig.

Auch die neofaschistischen Kameradschaften versuchen sich zu aktivieren. In Südhessen zeigen sich

besonders Aktivisten der »Nationalen Sozialisten Ried«. Sie schwafeln von einer Aktion »Winterhilfe«, die zwar Anleihen an das faschistische Vorbild macht, sich aber allein in Propaganda (Briefkastenaktionen mit Handzetteln, Verbreitung von Aufklebern oder dem nächtlichen Hängen von zwei Transparenten) erschöpft. Über solche »Kreativaktionen«, wie sie sie nennen, berichten sie dann ausführlich im Portal »Freies Netz Hessen«. Dort gilt »Mehr scheinen als sein«.

Auch in Nordhessen versuchen Kameradschaften mit nächtlichen Einzelaktionen auf sich aufmerksam zu machen. Hakenkreuzschmierereien in Bad Sooden-Allendorf oder die »Staumaueraktion« der »Nationale Sozialisten Waldeck-Frankenberg« zeigen, dass man sich bei den Aktionen selbst genügt, wenn man sie später im Internet öffentlich machen kann.

Viel Freude haben sie mit ihren Aktionen jedoch nicht. Kürzlich

Meldungen

Zum 30. Januar
Der 80. Jahrestag des Beginns der Naziherrschaft ist Anlass für mindestens zwei Veranstaltungen in Frankfurt, die mit Bezügen zur Gegenwart verbunden sind und bei denen die VVN Mitveranstalter ist:

am 30. Januar, 14.30 Uhr, im DGB-Haus (Willi-Richter-Saal) mit dem Thema »Neue Rechte in Europa«

»Machtergreifung« der Nazis

am 31. Januar, 19.00 Uhr, im Club Voltaire (Kl. Hochstr.5) diskutieren Ulrich Schneider und Moritz Krawinkel über »Machtergreifung« der Nazis heute kein Thema mehr!?

Deutliches Urteil

Zu sechs Jahren und drei Monaten Gefängnis wurde vom Landgericht Gießen der Neonazi Patrick W. (»Der Schlitzer«) wegen Drogenhandels, Waffenbesitz und Volksverhetzung verurteilt. Er war Anführer einer besonders militanten Neonazigruppe in Echzell/Wetteraukreis.

Geheimhaltung

Ein Vorstandsmitglied der rechtsextremen Gießener Burschenschaft »Dresdensia-Rugia« brüstete sich, durch Gespräche mit dem Verfassungsschutz sei erreicht worden, dass die Burschenschaft aus dem VS-Bericht herausgenommen wurde. Unter Verweis auf die »erforderliche« Geheimhaltung (»operative Gründe«) verweigerte Innenminister Rhein (CDU) nähere Auskünfte über die Vorgänge.

Redaktion: P. C. Walther
Landesverband der VVN-BdA Hessen,
Eckenheimer Landstraße 93,
60318 Frankfurt a. Main,
Telefon und Fax: 069 / 5 97 05 24

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!
Spendenkonto:
VVN-BdA Hessen Postbank Frankfurt
Kontonr. 49 330 - 602 , BLZ 500 100 60

wurden drei Aktivisten der Aktion »Die Unsterblichen« in Frankenberg verurteilt. Ende November löste die Polizei ein Nazitreffen in Neukirchen (Schwalm-Eder-Kreis) auf, bei dem die Gäste einer »Geburtstagsfeier« durch den Ort liefen und ausländische Parolen skandierten. Zwölf Festnahmen erfolgten, darunter auch Neonazis aus Kassel und Marburg-Biedenkopf.

Bernd Kant

80 Jahre danach die Lehren ziehen

Errichtung des Naziregimes in Erinnerung rufen

Die Kreisvereinigungen der VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten in NRW haben zu Beginn des Jahres mit Gedenk- und Mahnaktionen begonnen, die an die 80. Wiederkehr des Jahres mit der Machtübertragung an die Nazis von 1933 erinnern. Weitere Veranstaltungen sind geplant, so u.a.:

Duisburg: DGB-Jugend, linke Parteien, das Friedensforum, die Jüdische Gemeinde, die Falken sowie die VVN-BdA gehören zu den zahlreichen Organisationen, die um den 30. Januar in Duisburg eine große Veranstaltungsreihe planen. Josef Krings, wird eine Rede halten. Der Alt-Oberbürgermeister hat auch die Schirmherrschaft übernommen.

Für den 29. Januar im Dokuzentrum Wrangelstr. der Rundgang in der Gedenkausstellung der VVN-BdA ab 18 Uhr und das Gespräch mit Christa Broicher und Traute Sander über die Gruppe »Kinder des Widerstandes«.

Am Nachmittag des 30. Januar 2013 wird am Denkmal für die de-

portierten jüdischen Kinder (Saarstr./Ecke Königstr.). die Aktion der Falken und die Wunschzettel-Aktion »Was wünsche ich mir für die Zukunft?« stattfinden. Die Jüdische Gemeinde wird sich beteiligen. Am Abend des 30. Januar wird die Gedenkfeier »80 Jahre Machtübertragung, Beginn des Nazi-Terrors« im Rathaussaal stattfinden.

Veranstaltung »Verbrannte Dichter – Entartete Kunst« Texte – Lieder – Bilder mit Christa Bröcher und Klara Tuschcherer am Donnerstag, den 31.01.13., im Dokuzentrum Wrangelstr.

Am Freitag, den 1. Februar, um 19 Uhr liest Ulrich Sander aus dem von ihm herausgegebenen Buch »Von Arisierung bis Zwangsarbeit«. Die Walsumer Initiative »Erinnern gegen das Vergessen« wird dafür vorhandene Tafeln über die Zwangsarbeiter-Lager in Duisburg präsentieren.

Am Samstag, den 02. Februar wird um 11 Uhr, im Julius-Birck-Saal des DGB-Hauses, die Ausstellung »Neofaschismus« von VVN und ver.di eröffnet. Anschließend um ca. 12 Uhr ab Gewerkschaftshaus Stapeltor

17-19 beginnt der Antifaschistische Rundgang »Auf den Spuren des Terrors«.

Zum Abschluss der Antifaschistischen Woche wird die Ausstellung »Frauen im Widerstand«, von Annette Altendorf und Anne Bertram mit neuen Tafeln ergänzt und im Dokuzentrum vorgestellt. Hier sind Auskünfte über das gesamte Programm und die Termine/Orte zu bekommen: Doris Michel, Fischerstr. 103, 47055 Duisburg, 0203-779711, 0170-4003174

Bochum: Hier konnte die Schaffung der Gedenkstätte »Saure Wiesen« gewürdigt werden. Die Jahreshauptversammlung der Bochumer VVN/BdA beschloss, den bevorstehenden 80. Jahrestag der Machtübertragung an Hitler und die Errichtung des Naziregimes zum Anlass zu nehmen, sich mit diesem Teil der deutschen Geschichte zu beschäftigen, ein unverfälschtes Bild über den Faschismus und sein Wesen zu verbreiten, Lehren zu ziehen und dem Neofaschismus aktiv entgegen zu treten. Der Aufruf richtet sich

an »alle demokratischen, antiraschistischen und antifaschistischen Kräfte, Initiativen, Gruppen, Parteien, städtischen Stellen und politischen Repräsentanten, Veranstaltungen, Demonstrationen, Aktionen und vieles mehr einzeln oder gemeinsam vorzubereiten und durchzuführen. Machen wir alle gemeinsam das Frühjahr 2013 in Bochum zu einem Höhepunkt der antifaschistischen Tätigkeit und des Kampfes gegen den Neofaschismus und Rassismus.«

Die VVN-BdA plant für den 30. Januar 2013 die Durchführung einer Mahnwache vor dem ehemaligen Verwaltungsgebäude der Westfalenbank, in dem jahrelang die Gauleitung der NSDAP residierte, am 31. Januar 2013 eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung »Machtübertragung an die Nazis – ein Lehrstück« mit Prof. Dr. Georg Fülberth, (19.30 Uhr Verdi-Gewerkschaftshaus, Universitätsstr. 76) und ruft zum 1. März 2013: zu Aktionen in Bochum-Gerthe zum Thema »Naziterror 1933 – Naziterror heute« auf.

Landesregierung stellt sich gegen die Friedensbewegung

Kein Einwand gegen das neue Nato-Weltraumflugzentrum am Niederrhein

In einem Brief der Staatskanzlei in Düsseldorf an das Ostermarschkomitee Ruhr hat die Landesregierung zu erkennen gegeben, dass sie keine Einwände gegen die Erweiterungsentscheidung am Luftwaffenstandort Kalkar/Uedem vorbringen will.

Um die schnellen Eingreiftruppen der Luft- und Weltraumstreitkräfte der NATO weltweit vom Niederrhein aus in Marsch setzen zu können, wurde dort die Zahl der Soldaten und Offiziere im Rahmen der Bundeswehrreform um 400 verdoppelt. Sie sollen zusätzlich zu den vorhandenen Mannschaften auch ferngesteuerte Flugelemente kontrollieren und steuern und somit Tod und Verderben weltweit verbreiten können. Das hat die

Friedensbewegung in einem Brief des Ostermarschkomitees Ruhr der nordrhein-westfälischen Mi-



nisterpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) mitgeteilt und sie um ein Einschreiten gegen die Maßnahme des Bundesverteidigungsministers gebeten.

Während im ganzen Land Bundeswehrstandorte reduziert wurden,

hat man allein in Kalkar und Uedem erheblich aufgestockt. Geplant sind auch Einsätze von Drohnen und der

gesetzwidrige Abschuss von Zivilflugzeugen, wenn der »Terrorismusverdacht« besteht.

Jetzt hat Hannelore Kraft der Friedensbewegung geantwortet.

Sie habe sich lediglich »für einen Erhalt der Standorte und der damit verbundenen Arbeitsplätze in den Regionen eingesetzt«, ließ Hannelore Kraft mitteilen.

»Dabei hat die Landesregierung erkennen müssen, dass sich die Entscheidungen im Rahmen der

Bundeswehrstrukturreform der Einflussnahme durch das Land entziehen.

Dies gilt auch für die Erweiterungsentscheidung am Luftwaffenstandort Kalkar/Uedem.«

Zur aggressiven Aufgabenerweiterung in Kalkar und Uedem äußert sich die Ministerpräsidentin nicht.

Die Friedensbewegung hatte geschrieben: »Der Krieg beginnt hier – und hier muss er gestoppt werden.«

Wörtlich hieß es in dem Brief an Kraft: »Die staatenübergreifende Besetzung von Einrichtungen wie in Kalkar bedeutet in der Praxis auch, dass unter Umgehung des Bundestages deutsche Soldaten an Kriegseinsätzen beteiligt würden.«

Und das bedeutet: »Unser NRW wird zur Zielscheibe von Raketen, Bomben und Drohnen.« **U. S.**

Rüstungsexporte stoppen

Mahnwache und gewaltfreie Blockade bei Rheinmetall

Am Freitag vorm letzten Oktoberwochenende blieben in der Rheinmetallzentrale in Düsseldorf die meisten Fenster dunkel: Aus Protest gegen den geplanten Panzerverkauf an Saudi-Arabien hatten Einzelpersonen und Friedensorganisationen zu einer Mahnwache und gewaltfreien Blockade bei Rheinmetall in Düsseldorf aufgerufen.



innen vor dem Haupteingang, der an diesem Tag geschlossen blieb.

Einige Manager mit ihren Nobel-Karossen suchten den Weg in die

rückwärtige Tiefgarage, wo sich ihnen Aktivisten, unter ihnen Mitglieder der DFG-VK NRW und der VVN-BdA in den Weg stellten und setzten. Die Polizei räumte die Blockierer ab, doch noch mehrer Male kam es zu neuen Sitzblockaden. Nach einer kleinen Zwischenkundgebung vor dem Haupteingang ging es dann per Demozug in die Düsseldorfer Innenstadt. Hier fand dann gegen Mittag die Abschlusskundgebung statt.

Weitere Aktionen werden folgen. So mit dem Ostermarsch 2013.

M. K.

Wissenschaftliche Tagung von VVN-BdA und MES

Neofaschismus und Krise – damals und heute

Perspektiven aus Wissenschaft, Politik und Journalismus. Gemeinsame Tagung der Marx-Engels-Stiftung mit der VVN-BdA NRW und der VVN-BdA Siegerland-Wittgenstein, Siegen, 3. November 2012

Rund 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren am 3. November 2012 der Einladung der Marx-Engels-Stiftung und der Landesvereinigung sowie der Kreisvereinigung Siegerland-Wittgenstein der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten zur gemeinsamen Diskussion des Themas »Neofaschismus und Krise« in Räumlichkeiten der Universität Siegen gefolgt. Die Tagung wählte einen Hinweis des Sozialwissenschaftlers Reinhard Opitz aus dem Jahre 1984 zum Motto, wonach der Korrelation von Neofaschismus und Krise nicht so einfach zu fassen sei, da die faschistische Mobilisierung im Interesse von Zielen erfolge, »die völlig außerhalb des Interessenhorizonts der Krisengeschädigten liegen« und daher auch keineswegs »auf diese Potentiale als Zieladressaten beschränkt« sei. Die Tagung versuchte einen Kontrapunkt zu scheinbar unumstößlich Allgemeinplätzen in der öffentlichen Diskussion zu setzen, die die durch Verelendung und andere sozialen Verwerfungen gebeutelten Krisengeschädigten als Gefahr für die Demokratie konstruieren.

Das Einleitungsreferat hielt Manfred Weißbecker, der bis 1992 als

Professor für Geschichte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena lehrte. In seinem Vortrag, der »Die Weltwirtschaftskrise und ihr faschismusfördernder Widerhall im bürgerlichen Parteienwesen der Weimarer Republik« überschrieben war, konzentrierte sich Weißbecker auf historische elitäre Krisenbewältigungsstrategien beim Übergang von Demokratie zu Faschismus, die er unter anderem anhand der



Prof. Manfred Weißbecker

Foto: bunnyfrosch

Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie von 1929 quellengestützt darstellte. Als zentralen Befund hielt er fest, dass die Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929 und folgende den Weg der deutschen Faschisten an die Macht nicht verursacht, aber befördert habe. Den Faschismus charakterisierte Weißbecker als sowohl im Hinblick auf 1917 als auch 1789 konterrevolutionäre Bewegung, die

trotz radikaler Demagogie niemals die Intention verfolgte die kapitalistischen Verhältnisse zu überwinden. Trotz der historischen Perspektive gelangen Weißbecker viele Bezüge auf heutige antidemokratische Gefahren, die den bleibenden Wert seiner Ausführungen über die sich im Parteienwesen widerspiegelnden Rechts- und Konvergenztendenzen als Ausdruck von Kapitalinteressen unterstrichen.

Im Anschluss daran befasste sich Phillip Becher mit »Triebkräften des Rechtspopulismus«. Sein Referat stellte unter Bezugnahme auf die Forschungen von Reinhard Opitz zunächst heraus, was sinnvollerweise unter Rechtspopulismus zu verstehen sei und zeigte anhand des italienischen, belgischen und US-amerikanischen Beispiels wie die Widersprüche zwischen dem sozialen Träger und der Massenbasis rechtspopulistischer Formationen aussehen und was beide zur Wahl der rechtspopulistischen Option bewegte.

Ulla Jelpke, die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, referierte zu »Rechtsterrorismus und Demokratieabbau«, wobei sie einen historischen Längsschnitt der rechtsterroristischen Angriffspotentiale in der Bundesrepublik vom Technischen Dienst des Bundes Deutscher Jugend in den 1950er Jahren über die Wehrsportgruppen in den 1970er und 1980 Jahren bis hin zu den Morden der NSU-Terror-Zelle lieferte und auf

zahlreiche Verbindung von staatlichen Strukturen mit der gewaltbereiten und gewalttätigen extrem rechten Szene verweisen konnte.

Das Abschlussreferat, welches gleichsam den Auftakt zur Plenumsdiskussion »Demokratische Gegenwehr oder hilfloser Antifaschismus?« bildete, hielt Jürgen Lloyd, der Mitglied im Vorstand der Marx-Engels-Stiftung ist. Der Titel seines Vortrags lautete »Querfront und Sozialismusedemagogie als Herausforderung für die antifaschistische Theorie und Praxis«. Hierbei bediente er sowohl eine historische und eher theoretische als auch eine tagesaktuelle und eher praktische Perspektive. Die sich an das Referat anschließende Abschlussdiskussion wurde vor allem durch die Debatte um die Frage der wissenschaftlich-theoretischen Bestimmung des Faschismus und um die Möglichkeit von breiten Bündnissen gegen rechts bestimmt.

Phillip Becher/Falk Mikosch

Redaktion: Ulrich Sander

Landesbüro der VVN-BdA NRW

Gathe 55,
42107 Wuppertal,
Telefon: 0202 / 45 06 29
E-mail: nrw@vvn-bda.de
www.nrw.vvn-bda.de

Unser Spendenkonto:
Postbank Essen,
Konto 28 212-435,
BLZ 360 100 43

Ausstellung in Emden

»Faschismus darf nicht zum deutschen Alltag gehören«

Vom 9. bis 23. November 2012 zeigte die vor zwei Jahren neugegründete VVN-BdA Kreisvereinigung Ostfriesland im Foyer der Volkshochschule die Ausstellung »Neofaschismus in Deutschland«. Es war uns wichtig, in einer Zeit, in der Mitbürgerinnen und Mitbürger wegen ihrer Hautfarbe, Religion oder Herkunft um ihre im Grundgesetz garantierte Unversehrtheit fürchten müssen, in der ein Skandal um die Aufklärung der NSU-Verbrechen den nächsten jagt, in der das NPD-Verbot in greifbare Nähe rückt, auch in Ostfriesland die Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren.



Günter Kruse (rechts) und Hermann Bertus (links) vom Vorstand der Kreisvereinigung Ostfriesland bei der Eröffnung der Ausstellung

Foto: Christa von der Pütten

Dank der aufgeschlossenen und reibungslosen Zusammenarbeit mit der VHS konnte das Foyer zwei Wochen kostenlos genutzt werden. In seiner Eröffnungsrede wies Hermann Bertus als Vorstandsmitglied darauf hin, dass die neofaschistische Gefahr viele Jahre unterschätzt wurde. »Die Ausstellung will dazu beitragen, dass Faschismus nicht zum deutschen Alltag gehört.

Wir müssen wachsam bleiben, wir müssen aufklären. Wir fordern die

konsequente Durchsetzung eines NPD-Verbotsverfahrens«, so Bertus.

Im Vorfeld bereiteten sich fünf Mitglieder der Kreisvereinigung in zwei Seminaren, die von Thomas Willms in Heideruh/Buchholz und in Emden durchgeführt wurden, vor. Das gemeinsam erarbeitete Wissen zahlte sich in der fachgerechten Be-

gleitung der Ausstellung aus. Mehrere Hundert Menschen informierten sich, konnten angebotenes Infomaterial mitnehmen und bekamen Antworten auf vielseitige Fragen.

Angebote Führungen wurden von Einzelpersonen, kleinen Gruppen und einigen Schulklassen in Anspruch genommen, denn insbesondere

Jugendliche sollten über die mehr oder weniger getarnten Gefahren des (Neo-) Faschismus aufgeklärt werden.

Die Ausstellung war eindeutig positiv und ermutigend auch für die Aussteller.

Harm Bertus

Forderung nach einer Gedenkstätte für die Opfer des Kalten Krieges

Schicksal von 10.000 Inhaftierten weitgehend unbekannt

Der Bundesausschuss der VVN-BdA wie auch die Landesvereinigungen Niedersachsen und Nordrheinwestfalen haben beschlossen: Die VVN-BdA wird dabei helfen, dass in der alten BRD eine Gedenkstätte für die Opfer des Kalten Krieges in Westdeutschland entsteht.

Auch die »Initiativgruppe für die Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges« und die Gruppe »Kinder des Widerstandes« unterstützen die Vorschläge von Richter a.D. Dr. Helmut Kramer (Wolfenbüttel) wie auch von Peter Dürrbeck (Göttingen), die sich seit längerem mit dem Thema

»Schaffung einer Gedenkstätte für die Opfer des Kalten Krieges in der BRD« befasst haben.

Ein Besuch in einer Gedenkstätte für die Opfer des Kalten Krieges in der BRD ist in Ermangelung einer solchen bisher nicht möglich. Dass es Opfer des Kalten Krieges, auch solche aus dem Kreis der »Kinder des Widerstandes« und der doppelt – vor wie nach 1945 – wegen politischer Opposition und Widerstands bestraften Menschen im Westen gab, das ist weitgehend unbekannt und wird in keiner Gedenkstätte bisher thematisiert.

Wegen der Vergangenheit des Gefängnisses in Wolfenbüttel böte es sich als Standort an. Allerdings sollen auch andere Standorte in Auge

gefasst werden. Aber sie sollten sich in Niedersachsen befinden.

Denn dort sind an verschiedenen Stellen die Verbindungslinien zwischen der Justiz vor und nach 1945 wie auch der Opferschicksale vor und nach 1945 besonders ausgeprägt.

In der Zeit des Kalten Krieges wurden in der BRD rund 500.000 Ermittlungsverfahren aus Gesinnungsgründen gegen Linke und Antifaschisten durchgeführt.

Mindestens 10.000 von ihnen wurden als politische Häftlinge eingesperrt, andere verloren ihren Arbeitsplatz und fielen unter das Berufsverbot. Keine und keiner von ihnen wurde rehabilitiert. Über ihr Schicksal wird kaum berichtet.

U. S.

Artikel und Fotos (in hoher Auflösung) für die *antifa* bitte bis zum 8. in geraden Monaten immer an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de

VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen e.V.
Rolandstr. 16, 30161 Hannover, Tel.: 0511-331136, FAX: 0511-3360221, E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de

Wir würden uns über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto mit der Nr. 7510-307 bei der Postbank Hannover BLZ 250 100 30 sehr freuen.

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o.ä. Eure neue Adresse mit, Danke!

Redaktion: Michael Rose-Gille

Sogenannte Residenzpflichtverletzung strafbar wie Körperverletzung? Für die Staatsanwaltschaft ja!

Alain Nkurunziza, 24-jähriger Kriegsflüchtling aus Burundi, wehrt sich gegen die Strafverfolgung wegen sogenannten Verstoßes gegen die Residenzpflicht.

150 € Strafe plus 60 € Verwaltungsgebühren soll Alain Nkurunziza an die Staatskasse bezahlen, weil er im April 2011 in Frankfurt am Main ohne »Passierschein« der Ausländerbehörde Wolfsburg kontrolliert wurde – eine der typischen rassistischen Kontrollen in Deutschland, wobei das äußere Erscheinungsbild (schwarze Hautfarbe) Auswahlkriterium ist. Nkurunziza hatte gegen seine erste Verurteilung Widerspruch eingelegt. So fand am 10. Dezember, dem Tag der Erklärung der Menschenrechte, vor dem Landgericht Braunschweig wieder ein Prozess wegen »Verstoßes gegen die Residenzpflicht« statt. Im Vorfeld des Prozesses traf sich eine Gruppe von etwa 30 Aktivistinnen

und Aktivisten in einer solidarischen Aktion vor dem Gericht.

Die Einlasskontrollen konnten jeden treffen, so auch den gut situiert aussehenden Mitbürger älteren Semesters, dessen Leibesvisitation – hört, hört – ein Taschenmesser hervorbrachte. Dieses wurde vorübergehend konfisziert, der mit Nkurunziza sympathisierende muss mit einer Ordnungsstrafe rechnen.

Auch Jugendliche wurden gecheckt – alle waren vor Beginn des Prozesses da, der Prozess hätte nicht ohne ihre Anwesenheit beginnen dürfen.

So entstanden erste Spannungen und Empörungen, die sich im Verlauf der Argumentationen und Fragen steigerten. Einige Eckpunkte seien genannt: Im Prozess wurde auch das Schicksal von Nkurunziza durch Verlesen seines Anhörungsprotokolls beleuchtet: Als 15jähriger Kindersoldat musste er, seiner Familie entrissen, u.a. Überfälle verüben, Verletzte und Leichen transportieren.

Er hat seine Eltern, zwei Brüder und eine Schwester verloren – bis auf seinen kleinen Bruder und seinen Onkel hat niemand überlebt. Nkurunziza ist hier politisch aktiv bei der Karawane der Flüchtlinge nach Berlin und bei »Jugendliche ohne Grenzen« (JoG), einer Selbstorganisation jugendlicher Flüchtlinge.

In seinen Ausführungen bezog er sich mehrfach auf die Menschenrechte – er sei nicht kriminell und habe darum ein Recht auf Bewegungsfreiheit. Der Richter zeigte durch seine Fragen, dass er keine Vorstellung vom Leben der Flüchtlinge hier hat und sich auch nicht informiert hat. So fragte er, ob Alain N. in Frankfurt zum Arzt ging, als er krank wurde. Alain hat daraufhin kopfschüttelnd gelacht – wir wissen, dass ein Flüchtling mit Duldung nirgends – nicht einmal in der Stadt, in der er wohnt, einfach so zum Arzt gehen kann, sondern dass er sich selbst bei hohem Fieber erst beim Sozialamt einen Krankenschein holen muss.



Alain Nkurunziza am 10.12.2011, de-Tag der Menschenrechte, in Hannover
Foto: Mecki Hartung

Alain war zu 30 Tagessätzen und 60 € Verwaltungsgebühren verurteilt worden. Das entspricht dem Strafmaß bei Körperverletzung. Die Staatsanwältin urteilte, dies sei angemessen. Alain erhält reduzierte Leistungen von 236 € im Monat inklusive Gutscheine. Die Frage, ob er die Strafe auch mit Gutscheinen bezahlen könne, wurde verneint. Fazit: Das rassistische Gesetz muss weg!

Mechthild Hartung, Sprecherin VVN/BdA Nds.

Einundzwanzig neue Stolpersteine in Hannover

Im Jahr 2013 wird vielerorts an ein Datum erinnert, das offiziell beharrlich die »Machtergreifung des Nationalsozialismus« genannt wird. Für uns ein wichtiger Anlass, über die Bedeutung der Ereignisse vor 80 Jahren öffentlich zu diskutieren.



Transparent der VVN/BdA Siegen-Wittgenstein

Opfer fielen: Sechs Bürger jüdischer Abstammung, gesellschaftlich gut integriert, darunter Männer, die als »deutsche Patrioten« im vorhergehenden Weltkrieg schwerste Verwundungen erlitten hatten; 14 Mitglieder der Familie Fischer, wirtschaftlich erfolgreiche Sinti mit festem Wohnsitz in der Altstadt Hannovers; ein Zeuge Jehovas, damals als »Bibelforscher« verhöhnt, dem seine beharrliche Verweigerung der Anforderungen des faschistischen Staates zum Verhängnis wurde.

Eine besondere Stellung nahm hier die Verlegung eines Stolpersteins für Walter Krämer vor der Heiligstraße 16 ein, dem Standort des Büros des Bezirks Niedersachsen der KPD: Er war der letzte »legale«

Parteisekretär dieses Bezirks. Nach der Provokation des »Reichstagsbrandes« wurde er festgenommen, vom Volksgerichtshof zu 3½ Jahren Haftstrafe wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« abgeurteilt und in Gefängnissen in Hannover und Hildesheim inhaftiert. Weil er sich nach seiner Freilassung weigerte, als Spitzel für die Gestapo tätig zu werden, kam er schließlich in das KZ Buchenwald. Als Funktionshäftling im Krankenblock eignete er sich umfangreiche medizinische Kenntnisse an. Als »Arzt von Buchenwald« rettete er zahlreichen Mithäftlingen, darunter vielen Juden, das Leben. Im Mai 2000 verlieh ihm deshalb der Staat Israel den Titel »Gerechter der Völker«. Nur 400 Deutsche wurden bisher so geehrt. 1941 wurde er in ein Außenlager abtransportiert und dort am 6. November ermordet.

Dieser Stolperstein wurde unter der Patenschaft der VVN/BdA Siegerland/Wittgenstein, der Heimat Walter Krämers, verlegt. Dort wird schon seit Jahren eine beharrliche Auseinandersetzung um eine angemessene Ehrung Krämers geführt. Eine Abordnung aus Siegen war zur Verlegung angereist. Ihr Vertreter,

Torsten Thomas, sprach ein Grußwort. Auch Mitglieder der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora waren anwesend. Eine Musikgruppe von DKP und Freunden aus Hannover gab der Veranstaltung einen würdigen Rahmen.

Reinhold Weismann-Kieser



Stolperstein für Walter Krämer

Vorankündigung

Liebe Kameradinnen und Kameraden, bitte notiert Euch, dass unsere nächste Landesdelegiertenkonferenz am 6./7. April in der Heimvolkshochschule Hustedt stattfinden wird. Weitere Informationen folgen.

Abschiebeskandale am laufenden Band

Ayodele M. ist 18 Jahre alt, spielt leidenschaftlich gern Fußball bei der HSV-Jugendmannschaft und steht kurz vor dem Abitur. Er ist also das, was man hierzulande »gut integriert« nennt.

Dennoch soll er nach Nigeria abgeschoben werden. Vor Jahren waren seine Eltern nach Deutschland eingewandert. Ayodele und sein Bruder blieben in Nigeria bei Pflegeeltern. Diese schickten sie später nach Hamburg, ohne Pässe und Visa. Das wurde Ayodele nun zum Verhängnis. Während seine Eltern bleiben dürfen, soll er zurück nach Nigeria. »Wenn ich zurück muss,« sagt er, »ist mein Leben zu Ende. Dann muss ich noch einmal

von vorne anfangen.« Ein weiterer Fall ist glimpflich abgelaufen. Die Schülerin Fabiola Cruz aus Honduras ist ebenfalls gut integriert und steht vor dem Abitur. Sie, ihre Mutter und zwei Schwestern waren illegal nach Hamburg gekommen, hatten »Duldung« und sollten nun ebenfalls abgeschoben werden. Die Härtefallkommission hatte dann die Abschiebung abgelehnt.

Diese Kommission ist allerdings eine Fehlkonstruktion. Je ein Mitglied der Bürgerschaftsfraktionen ist dort vertreten, und die Abschiebung kann nur verhindert werden, wenn sie einstimmig erfolgt. Säße also die DVU noch in der Bürgerschaft, hätte sie mit ihrer einzigen Stimme die Abschiebung durchsetzen können.

Hans-Joachim Meyer

Streit um Roma-Einwanderung

Seit 2009 ist die Visumpflicht für Serbien, Mazedonien und den Kosovo aufgehoben. Seitdem gibt es von dort verstärkte Einwanderungen, auch nach Hamburg, und zwar vor allem von Roma.

Nun weiß jeder, dass die Roma in diesen Ländern diskriminiert werden. Dennoch werden sie als »Wirtschaftsflüchtlinge« diffamiert. Innenminister Friedrich (CSU) will die Visumpflicht wieder einführen. Außerdem sollen die Roma weniger Geld bekommen, obwohl das Bundesverfassungsgericht schon die jetzigen Leistungen für Asylsuchende erst kürzlich für verfassungswidrig erklärt hat.

Innensenator Neumann (SPD) besuchte zusammen mit Rudko

Kawczynski von der Hamburger Rom- und Cinti-Union eine Wohnanlage in Stellingen, die von 70 auf 550 Plätze aufgestockt werden soll. Weitere 200 Plätze sollen in Hamburgs »Düvels Acherort« in Horst bei Boizenburg hinzukommen.

Die Chancen der Roma, hierbleiben zu dürfen, stehen aber gleich null. Seit September soll eine Roma-Familie abgeschoben worden sein, viele andere sind angeblich »freiwillig« ausgeweisert, teils mit ganzen Reisebussen.

Kaczynski kritisierte, dass den Roma von den Dolmetschern der Ausländerbehörde ihre Rechte überhaupt nicht erklärt werden, sondern dass sie im Gegenteil zur Rückreise genötigt werden.

hjm

Demo ein Jahr nach NSU-Aufdeckung

»NPD verbieten! Verfassungsschutz auflösen!«

Das Hamburger Bündnis gegen Rechts hatte ein Jahr nach der Entdeckung der »NSU«-Morde am 3. November zu einer Demonstration unter dem Motto »Rassismus entgegentreten – Faschismus bekämpfen – Verfassungsschutz auflösen« mobilisiert.

1200 Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen nahmen an der Demo teil; dabei wurden auch die Fotos der zehn NSU-Opfer gezeigt.

VVN-BdA-Landesvorstandsmitglied Traute Springer-Yakar hielt auf der Abschlusskundgebung der Demonstration vor dem Stadthaus diese (hier stark gekürzte) Rede:

»Das Stadthaus ist seit seinem Bau Anfang des 19. Jahrhunderts Sitz der Polizeiverwaltung und war während der NS-Zeit berüchtigt als Sitz der Gestapo-Leitstelle. Hier wurde der Terror gegen Hamburger Juden, Roma und Sinti wie am Reißbrett geplant, hier wurden politische Gegner festgehalten, verhört, gefoltert, ermordet oder in den Tod getrieben. Allein drei der Gestapo-Opfer auf den Stolpersteinen dort drüben wurden entweder



Demonstration der Hamburger Antifaschisten.

Foto: G. Ch.

von Schergen aus dem Fenster gestürzt oder sprangen aus Angst vor weiteren Verhören selber hinaus. Von hier wurden die berüchtigten Hamburger Polizeibataillone zum Foltern und Morden nach Polen und in die Sowjetunion geschickt, hier war auch der Sitz von Sonderabteilungen zur Überwachung und Unterdrückung der 400.000 nach Hamburg verschleppten Zwangsarbeiter/innen.

Dass der Verfassungsschutz zur Zeit seiner Einrichtung in den fünfziger Jahren als ein Auffangbecken für NS-Funktionäre gelten konnte, wurde mehrfach ausgeführt.

Wie eng aber die Hamburger Polizei seit ihrer Neuformierung unter britischer Besatzung und nach Gründung der BRD in personeller Kontinuität mit den Polizeioffizieren der Gestapo und der berüchtigten Polizeibataillone verflochten ist, hat

der Hamburger Zeitzeuge Eberhard Zamory in seiner Broschüre »Massenmörder in der Hamburger Polizei nach 1945?« herausgearbeitet. In einem Briefdialog mit zwei Innensensatoren nennt er exemplarisch 19 Täter aus SS und Polizeibataillonen, die in den fünfziger und sechziger Jahren als hohe Polizeibeamte Dienst taten und unbehelligt in Pension gehen konnten. Schon 1995 fragt Zamory in seinem zweiten Brief an Innensenator Wrocklage: Halten Sie es für möglich, dass die – wenn auch lange zurückliegende – Tätigkeit der ehemaligen SS-Offiziere in der Hamburger Polizei nach 1945 Auswirkungen auf das Fehlverhalten Hamburger Polizisten hatte? Ich denke dabei nicht nur an die derzeitigen Misshandlungen von Ausländern.

Machen wir uns nichts vor: Jahrzehntelang lag das Risiko eines jungen Polizisten bei 100 Prozent, auf der Polizeifachhochschule von ehemaligen Nazis ausgebildet zu werden. Da darf es nicht wundern, dass sämtliche Ermittler-Teams, befasst mit den NSU-Morden, unisono zehn Jahre lang die Täter für diese an Migranten unter Migranten erfolglos suchten. Nazi-Mörder und Ermittler messen mit demselben Maß.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung

Die Entnazifizierung der Hamburger Polizei wird in der Fachliteratur nicht selten als gescheitert qualifiziert. Ich werde den Verdacht nicht los, dass es auch heute noch Lehrbücher an den Fachhochschulen der Polizei gibt, die aufgrund einer vor 60 Jahren gescheiterten Entnazifizierung denselben Ermittlungsschablonen folgen, die zu solchen Desastern wie dem 13jährigen Übersehen einer Mörderbande führen können.

Und jetzt, aus aktuellem Anlass noch zwei Anmerkungen:

Erstens: Die NPD hat für die Zeit zwischen dem 4. November - Jahrestag der Aufdeckung des NSU – und dem 9. November eine ›Tour durch Republik angesagt‹ und dabei haben sie

zweitens die Unverfrorenheit, ausgerechnet am Jahrestag des Novemberpogroms einen Fackelmarsch gegen die Flüchtlingsunterkunft in Wolgast durchzuführen. Die zuständigen Behörden sehen keinen Grund, den Fackelmarsch zu verbieten, die Unterkunft sei ja ausreichend geschützt.

In einem Aufruf an die Verantwortlichen von Wolgast erklärten Überlebende der Naziopfer:

Verbieten Sie den geplanten Fackelmarsch der NPD in Wolgast am 9. November 2012, dem 74. Jahrestag der Reichspogromnacht! Stoppen Sie die NS-Verherrlichung

durch die neonazistische NPD! Schützen Sie die Menschenwürde der angegriffenen Flüchtlinge!

Wir fordern ein uneingeschränktes Verbot der NPD, aller faschistischen Parteien sowie aller Freien Kameradschaften. Faschismus ist keine Meinung, Faschismus ist ein Verbrechen.«

Scheune Luftnummer

Op'n SPD-Landsparteidag in'n Dezember in't Willemsborger Börgerhuus wörr besloten, dat de Hamborger Udels Schiller mit jümehrn Noom op kriegen schüllt – man bloots denn, wenn de twee Polizeigewerkschaften ehr Jo dorto geevt.

Wat de Udels dorvun hooft, hebbt se sülvn vör't Börgerhuus wiest: Se hebbt en Demo op de Been stellt. De Noomsschiller weern en „Misstrauensvotum“, hebbt se seggt. Un de Gewerkschaften hebbt al vör'n Parteidag schimpt, dat se dor nix mit an'n Hoot hebbt. So is dat, wat de Parteidag besloten hett, nix as en scheune Luftnummer. De Udels köönt also ok in Tokunft anonym Demonstranten mit Pepperspray trakteren. *hjm*

Dönitz-Huldigung verhindert

Am Totensonntag im November wollten etwa 30 Neonazis am Grab des ehemaligen Großadmirals Karl Dönitz, des Nachfolgers von Adolf Hitler als »Führer und Reichskanzler«, auf dem Friedhof von Aumühle eine Kundgebung abhalten.

Sie hatten schon die Reichskriegsflagge enthüllt, als die Polizei einschritt. Sie löste die Kundgebung auf mit der Begründung, dass nach der Friedhofsordnung eine solche Kundgebung genehmigungspflichtig sei. *hjm*

Redaktion: H. J. Meyer

Landesgeschäftsstelle VVN-BdA
Landesvereinigung Hamburg
Hein-Hoyerstraße 41,
20359 Hamburg
Telefon: 040 / 31 42 54
E-Mail: vnv-bda.hh@t-online.de

Wir bitten um Spenden für den Hamburger VVN-BdA!

Spendenkonto:
VVN-BdA Hamburg, Haspa,
BLZ 200 505 50
Kto.-Nr. 1206 / 127 183

Neofa-Ausstellung Aktuelle Termine und Bestellung

Die aktuellen Termine und Veranstaltungsorte der Ausstellung »Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland« wie immer unter:

<http://neofa-ausstellung.vvnbdade/termine/>

Dort findet sich auch die Adresse, unter der die Ausstellung ausgeliehen werden kann.



Januar/Februar:

Hamburger VVN-Termine

15. Jan. bis 21. März

Woche des Gedenkens im Bezirk Hamburg-Nord, angeregt von der Bezirksversammlung Hamburg-Nord

Sonntag 27. Januar.2013, 11 Uhr

Auschwitz darf niemals in Vergessenheit geraten - »NS-Euthanasie in Hamburg« – Feierstunde der Bezirksversammlung Hamburg-Nord mit der Zeitzeugin Antje Kosmund, einer Lesung mit Sylvia Wempner und einem Vortrag von Prof. Dr. Hanns-Stephan Haas von der evangelischen Stiftung Alsterdorf,
Musik: Abi Wallenstein
Ort: Großer Sitzungssaal, Robert-Koch-Straße 17, 20249 Hamburg

Sonntag, 27. Januar 2012, 17 Uhr

Film: „Professor Mamlock“, Konrad Wolf,

DDR, 1961, 100 Min.

Professor Mamlock ist Chirurg und Chefarzt einer Klinik. Ein nationalliberaler deutscher Großbürger, der sich nicht vorstellen kann, von den Faschisten in die Enge getrieben zu werden. Doch er ist Jude, und als Hitler kommt, rücken seine Kollegen von ihm ab. Seine Tochter wird gedemütigt, er selbst aus der Klinik gejagt. Sein einziger Ausweg ist der Selbstmord.

Ort: Kommunales Kino Metropolis, Kleine Theaterstr. 10

Samstag 09. Februar 2013, 14 - 16 Uhr

»Damals bei uns in Groß Borste« – Stadtteilrundgang mit Udo Spengler. Erinnerungen und Berichte über Nazizeit, Krieg und Neubeginn 1933 bis 1945.

Veranstalter: VVN-BdA Hamburg-Nord
Treffpunkt: Vor der Sparkasse, Ecke

Borsteler Chaussee / Brüdermannsweg
Sonntag, 10. Februar 2013, 11.30 Uhr

Eröffnung und Einführung der

Ausstellung »Neofaschismus in Deutschland« der VVN-BdA und ver.di Nord. Die Ausstellung wird gezeigt vom 10. bis 15.2.2013

Unterstützer: Bundesprogramm »Toleranz fördern, Kompetenz stärken«.

Veranstalter: Barmbeker Ini gegen Rechts, St.Gabriel Pfarrgemeinde und Bürgerhaus Barmbek. Eintritt frei, Spenden erwünscht

Ort: Bürgerhaus in Barmbek, Lorichsstr. 28 a

Sonntag 10. Februar 2013, 11 Uhr

Einweihung des Stolpersteins für den Kommunisten und Widerstandskämpfer Heinz Prieß

Veranstalter: Willi-Bredel-Gesellschaft und VVN-BdA Nord

Ort: Wellingsbüttler Landstraße 243

Sonnabend, 23. Februar 2013, 11 Uhr

Gedenkundgebung zum 70. Jahrestag für die hingerichteten Mitglieder der antifaschistischen Widerstandsgruppe »Weiße Rose«.

Ort: »Weiße Rose«, am Gedenkstein »Weiße Rose« Volksdorf, Nähe U-Bahnstation Volksdorf

Sonntag, 24. Februar 2012, 17 Uhr

Film: „Der Teufelskreis“, Carl Balhaus, DDR, 1956, 103 Min.

Der Reichstagsbrand vom Februar 1933 wird im Spiegel des anschließenden Prozesses aufgerollt.

Ort: Kommunales Kino Metropolis, Kleine Theaterstr. 10

Freitag, 08. März 201, 19 Uhr

Widerständiges Frauenleben – Veranstaltung zum Internationaler Frauentag über kämpferisches Frauenleben gegen Faschisten und Neonazis.

Ort: Kulturpalast, Öjendorfer Weg 30 a, Billstedt

Landeshauptstadt München würdigt mutige Antifaschistin

Ein Platz für Resi Huber

»Gedanken über politischen Mut am Beispiel Resi Huber« hatte Florian von Brunn von der Initiative »Historische Lernorte Sendling« seine Ansprache überschrieben. Anlass war die Platzbenennung nach Resi Huber (geboren am 13. 12. 1920 in Dachau, gestorben am 22. 3. 2000 in München-Sendling) erinnert wird. Die Würdigung jenes »politischen Mutes« zog sich als roter Faden durch die Feierstunde, zu der Ernst U. Dill im Namen des Sendlinger Bezirksausschusses an Resis 92. Geburtstag trotz eisiger Kälte viele Menschen auf dem Platz an der U-Bahn-Haltestelle Brudermühlstraße begrüßen konnte.



Resi Huber in den 90er-Jahren

Foto: Fred Schmid

»Eine 22 jährige Dachauerin gerät durch Zufall in das Räderwerk der Vernichtungsmaschinerie des Konzentrationslagers Dachau, bzw. eines damit verbundenen SS-Betriebes. Sie ergreift spontan Partei für die Gepeinigten und Gefangenen. Riskiert ihr Leben, um

den Gefangenen zu helfen. Weil ihr Gerechtigkeitssinn, ihr Menschbleiben-Wollen ihr das abverlangen.« hatte Helene Sinzinger-Brütting, Initiatorin der Platzbenennung, im Einladungsfaltblatt festgehalten. Und zu Resis Engagement nach 1945: »Als Mitglied der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) und Kommunistin wirkte sie seit den 50er Jahren unermüdlich in Gesprächskreisen, an Hochschulen, auf unzähligen Veranstaltungen, vor allem im Gespräch mit jungen Menschen gegen das Vergessen. Mit ihrer warmherzigen Art und generationenübergreifenden Begegnungen begriff sie ihre Zeiteugenschaft nicht nur für die Vergangenheit, sondern immer auch als lebendige Mahnung für die Gegenwart und



Rote Nelken zur Platzeinweihung

Foto: Sendlinger Kulturschmiede

Herausforderung für die Zukunft.« Darauf ging auch Friedbert Mühlendorfer in seinem Grußwort für die VVN-BdA ein – und Petra Gebell und Peter Dreyer erinnerten mit einigen von Resi Huber besonders geschätzten Liedern daran, dass die mit der Platzbenennung Geehrte nicht zuletzt mit der von ihr betreuten »Otto-Huber-Hütte« am Ammersee als Erholungs- und Bildungsort für engagierte Ältere und Jüngere weit über die Grenzen ihrer bayerischen Heimat hinaus Zeichen gesetzt hatte. E.A.

Landeskonzferenz der VVN-BdA Bayern

»Den Kampf keiner Behörde überlassen«

»Der Kampf gegen Rechtsextremismus darf nicht einer Behörde überlassen werden, sondern ist eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft«, zitierte die Sulzbach-Rosenberger Zeitung den Vorsitzenden des NSU-Untersuchungsausschusses im Bayerischen Landtag F. Schindler. Der SPD-Abgeordnete hatte dies bei einer öffentlichen Diskussion im Rahmen der Landeskonzferenz der VVN-BdA in Sulzbach-Rosenberg formuliert und, so die SRZ, konkretisiert: »Zum Versagen des »Verfassungsschutzes« erinnerte der MdL an den Oktoberfestanschlag, den Mord an S. Levin in Erlangen und den Brandanschlag in Schwandorf mit drei Todesopfern, die immer als Taten von Einzelnen bezeichnet wurden.«

Die Diskussion zum Thema »NSU, Verfassungsschutz, antifaschistische Arbeit – Bestandsaufnahme und Konsequenzen«, an der sich neben Franz Schindler Günter Pierdzig als Vertreter der nordbayerischen Bündnisse gegen Rechts und Ulli Schneeweiß von ver.di Mittelfranken und nach deren Ausführungen ein angeregtes Publikum beteiligten, setzte inhaltliche Schwerpunkte.

Bereits am Nachmittag des ersten Konferenztages hatten sich die Delegierten eines weiteren Schwerpunktes angenommen: Der Überlegung, wie

verstärkt jüngere Mitglieder für die Vereinigung zu gewinnen seien. Dazu gab es von zwei Kameraden des in dieser Hinsicht recht erfolgreichen VVN-Kreisverbandes Landshut einleitend wichtige Anregungen.

Von der Wertschätzung, die der Organisation entgegengebracht wird, zeugten zahlreiche Grußworte an die Konferenz, zum Teil persönlich vorgetragen, großteils aber schriftlich den Delegiertenunterlagen beigelegt: Einen guten Konferenzverlauf wünschten Vertreter und Mandatsträger von SPD und Grünen, von der Partei Die Linke und von der DKP, vom DGB und der DFG-VK, vom Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern, für die Israelitische Kultusgemeinde München und Oberbayern die ehemalige Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, und Erich Schneeberger für den Verband Deutscher Sinti und Roma, LV Bayern. Der zweite Konferenztag war weitgehend verbandssinternen Diskussionen und Wahlen vorbehalten.

Gewählt wurde ein aus 21 Mitgliedern bestehender Landesvorstand, den als Landessprecherinnen Renate Hennecke, München, und Mastaneh Ratzinger, Freising, vereinsrechtlich vertreten. In das geschäftsführende Gremium nominiert wurden außerdem Edith Offner, München, als Landeskassiererin und Dr. Guido Hoyer, Freising, als Schriftführer.

Abschied von Gerlinde Mahler



Am 18. November 2012 ist nach kurzer, schwerer Krankheit unser Kameradin Gerlinde Mahler im Alter von 74 Jahren in München verstorben. Gerlinde war nicht nur jahrzehntelang Kassiererin der Landesorganisation und des Kreisverbandes München, sie schuf seit Mitte der 80er-Jahre mit ihrer Verlässlichkeit, ihrer Freundlichkeit und ihrem Engagement im VVN-Büro in der Münchner Frauenlobstraße auch eine wesentliche Grundlage für unser aller Arbeit.

Gerlinde verstand es, auch die kleinen Sorgen und Nöte der Leute, mit denen sie es zu tun hatte, ernst zu nehmen. Sie war eine, die dieses Büro – vor allem in den Jahren als noch ein beträchtlicher Teil der ehemals Verfolgten am Leben war – zu einem Ort zu machte, an dem Mitglieder und Gäste gerne vorbeischaute.

Zum Beitragszahlen, wie sei meist sagten (es war noch die Zeit vor den automatischen Bankeinzügen), ein Ort aber in Wirklichkeit, der vor allem zum Ratschen da war, zum Sich-Aneinander-Aufrichten, zum Diskutieren von Sachen, die gerade eine Rolle spielten und ganz oft auch zum Helfen bei anliegenden Arbeiten. Vom Post-Eintüteln bis zum Basteln von Einrichtungsgegenständen für die Büroräume...

Bis kurz vor ihrem Tod hielt Gerlinde diesem Büro die Treue. Obwohl gesundheitlich doch schon recht angeschlagen, waren ihr die VVN-Mitglieder ein Herzensanliegen. Vieles hat sie uns allen leichter gemacht – oft ohne, dass uns das unmittelbar bewusst wurde. Jetzt bemerken wir es.

Ade Gerlinde.

Eine Veranstaltung der nordbayerischen Bündnisse gegen Rechts **Fünf NSU-Morde in Bayern – und alles bleibt, wie es ist?**

**Samstag, 2. Februar 2013,
11 bis ca. 18 Uhr,**
in Nürnberg, CVJM-Haus, Kornmarkt 6.
Ab 10.15 Uhr Anmeldung (1. Stock)
11.00 - 11.15 Uhr Einführung Günter Pierdzig,
Sprecher der nordbayerischen Bündnisse
gegen Rechts (NBB)
Podiums- und Publikumsdiskussionen zu den
Themen:

11.15 - 12.00 Uhr Opferperspektive –
Anwält/innen der Opfer der NSU-Morde
und antifaschistische Expert/innen
kommentieren unter anderem den Prozess
gegen Beate Zschäpe & Co.: Yavuz Narin,
Rechtsanwalt und Nebenklagevertreter der
Angehörigen des im Juni 2005 in München
ermordeten Theodor Boulgarides,
Edith Lunnebach, Rechtsanwältin und
Nebenklagevertreterin einer Familie, die
Opfer eines der Sprengstoffanschläge
des NSU in Köln wurde, Mitarbeiter/innen
von apabiz e.V., Betreiber/innen des NSU-

Watchblog, Berlin
12.00 - 13.00 Uhr Diskussion; Moderation
Birgit Mair, ISFBB e.V., Nürnberg, Marius
Köstner, Bürgerforum Gräfenberg
14.00 - 16.45 Uhr: Bayerischer NSU-
Untersuchungsausschuss im Vergleich
mit anderen Untersuchungsausschüssen.
Aufdeckung oder Deckelung? – Susanna
Tausendfreund (MdB Bündnis 90/Die
Grünen) und Helga Schmitt-Bussinger
(MdB SPD) berichten als Teilnehmerinnen
des Untersuchungsausschusses. –
Diskussion: Rechtsterrorismus in Bayern
– Marcus Buschmüller (a.i.d.a.-Archiv
e.V. München) und Birgit Mair (ISFBB e.V.
Nürnberg) berichten als Beobachter/
innen der Arbeit des bayerischen NSU-
Untersuchungsausschusses. Heike Kleffner
(Journalistin), Kerstin Köditz (MdB Die
Linke) sowie Martina Renner (MdB Die
Linke) berichten als Teilnehmerinnen der
NSU-Untersuchungsausschüsse im Bund, in

Sachsen und in Thüringen
Eintritt frei! Spenden erbeten! VVN BdA
Bamberg, Stichwort: NSU-Tagung Bayern,
Konto-Nr. 5346859, Postbank Nürnberg, BLZ
76010085

Anmeldung: Eine vorherige Anmeldung
mit Namen und Anschrift ist erforderlich.
Per Post wird eine persönliche
Eintrittsberechtigung übersendet.
Dieses Schriftstück muss unbedingt zur
Veranstaltung mitgebracht und vorgezeigt
werden.
Anmeldung ist per E-Mail oder per Post
möglich:

Per E-Mail: nbb_gegen_rechts@yahoo.de.

Per Post: VVN-BdA Bamberg c/o Günter
Pierdzig, Kunigundendamm 55, 96050
Bamberg. Anmeldeschluss: 18. Januar
2013.

Wir gratulieren...

... natürlich allen unseren
»Geburtstagskindern«. Sie sämtlich
aufzuführen würde allerdings den
Rahmen unserer »antifa« sprengen.
Stellvertretend seien deshalb hier die
Kameradinnen und Kameraden zwischen
60 und 80 genannt, die einen »runden«
Geburtstag haben bzw. hatten - und alle
über 80. Herzlichen Glückwunsch!

Januar

Hilde Kaim, Bamberg, 90
Jahre; Herta Brich, Weiden, 89
Jahre; Hilde Prockl, München,
88 Jahre; Erich Ude, Nürnberg,
82 Jahre.

Februar

Hans Koller, München,
86 Jahre; Günther Martin,
Hohenpeißenberg, 84 Jahre.

Ein Jahresabschluss mit beachtlicher Resonanz **Das Doppeljubiläum**

In Augsburg, Bamberg, Nürn-
berg und Regensburg hat es
im Laufe des Jahres 2012 gut
besuchte und auch erfolgrei-
che Veranstaltungen zum 65.
Gründungs-jubiläum der VVN in
Bayern gegeben, beim Kreisver-
band München außerdem ein
»Ammerseeseminar« zum The-
ma. Zum Jahresausklang hatte
nun die Münchner VVN
zu einer Art »Doppeljubiläum«
in die Schwabinger Seidlvilla
geladen (nicht weit vom einsti-
gen Gründungsort der bayeri-
schen VVN): Zum Rückblick
auf die vergangenen 65 Jahre
und zur nachträglichen Feier
des wenige Tage zuvor stattge-
fundenen 80. Geburtstages
von Ernst Grube.

Der Andrang war beachtlich – im
Mühsam-Saal der schönen Schwa-
binger Seidlvilla war nur ein Teil der
Gäste unterzubringen. Die anderen
lauschten durch offene Türen den
vom Schauspieler Harry Täschner
vorgetragenen Texten aus 65 Jah-
ren VVN-Geschichte und Michaela

Dietsl akkordeonistisch und vokal
vorgetragenen heimischen und inter-
nationalen Exkursen. Das Vorstellen
der anwesenden »Prominenz« – quer
durch Parteien und Weltanschau-
ungen – hatte sich Friedbert Mühl-
dorfer angesichts der zunehmend
Hereindrängenden erspart und
außer auf den Jubilar Ernst Grube
nur besonders auf dessen einstige
Schicksalsgenossen Hans Täschner
und Martin Löwenberg hingewiesen.



**Bei der Jubiläumsfeier (v.r.n.l.): Die
KZ-Überlebenden Ernst Grube (80),
Martin Löwenberg (87) und Hans
Täschner (101). Foto: H. Offner**

Mit Grablichtern der NPD heimgeleuchtet

Auf dem Pflaster der Fußgän-
gerzone in Murnau (Landkreis
Garmisch-Partenkirchen) form-
ten Mitglieder des Werdenfeler
Bündnisses gegen Rechtsextre-
mismus im Dezember mit bren-
nenden Grablichtern die Losung
»Nazis raus!«

Anlass war eine Versammlung
des NPD-Kreisverbandes Oberland
im NPD-Stützpunkt und Laden des
Kreisvorsitzenden Matthias Polt
mit dem stellvertretenden NPD-
Bundesvorsitzenden Udo Pastörs.

Nach Polizeiangaben hatten sich
rund 40 Neonazis aus dem Schwarz-
wald, dem Bodenseegebiet, aus Ös-
terreich und der Schweiz versammelt.
Aus Murnau und Umgebung habe
man niemanden angetroffen. Das
Werdenfeler Bündnis setzte den
Nazis mit den Kerzen ein gewaltfreies
Zeichen des Widerstandes entgegen
und signalisierte ihnen: »Ihr neuen
Nationalsozialisten seid in der Grab-
kammer der Geschichte! Das Licht
ist auf unserer Seite.« -ele-



**Spenden für die
VVN-BdA Bayern
Wie immer freuen wir uns über
Spenden für die Arbeit unserer
bayerischen VVN-BdA. Unser
Konto: VVN-BdA Bayern, Postbank
München,
10532-807, BLZ 700 100 80**

**Wichtiger Hinweis:
Bitte immer daran denken:
Adressen- oder Kontenänderungen
mitteilen!**

**Redaktion: Ernst Antoni
VVN-BdA Bayern,
Frauenlobstr. 24,
80337 München,
Tel 089/53 17 86,
Fax: 089/53 89 464,
Mail: lv-bayern@vvn-bda.de**

Mitarbeiterinnen wurde gekündigt

»Gedenk-Schlacht« von Sachsen – traurige Wahrheit!

In der „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ vom 18.11.2012 berichtete der Journalist Thomas Trappe unter der Überschrift „Die Gedenk-Schlacht von Sachsen“ über den Arbeitsstil des Geschäftsführers der »Stiftung Sächsischer Gedenkstätten«, Siegfried Reiprich (CDU). Dieser wird schon seit einiger Zeit kritisch betrachtet. Besonders seit 2012 ist sein autoritäres, selbstherrliches Auftreten immer mehr ein Hindernis für eine kontinuierliche Arbeit. Fördervereine von Gedenkstätten werden in ihrer Arbeit regelrecht behindert. Auflösungen von Vereinen sind nicht auszuschließen.

Hier soll vor allem die Gedenkstätte »Ehrenhain Zeithain« betrachtet werden. Durch mehrere Besuche und Veranstaltungen konnte ich mich von der erfolgreichen nationalen und internationalen Arbeit des Leiters der Gedenkstätte, Jens Nagel, und des Fördervereins und seines Vorsitzenden, Eberhard Paul, persönlich überzeugen. Große Anstrengungen wurden unternommen, um den dort beigesetzten 30.000 sowjetischen



Ehrenhain Zeithain

Kriegsgefangenen ihren Namen zurück zu geben. So konnten Familien vor Ort ihren Angehörigen die letzte Ehre erweisen.

Seit zehn Jahren organisieren Förderverein und Gedenkstätte mit dem »Service Civil International« (SCI) »Internationale Workcamps«. Die Teilnehmer, vorwiegend junge Menschen, nahmen ihren Urlaub, um Ausgrabungen vorzunehmen. Sie kamen von allen Erdteilen. Es ist beabsichtigt, einen Geschichtspfad als Mahnung und Erinnerung zu schaffen. Unterstützung wird bei Schülerprojekten gegeben. Lesungen wurden und werden organisiert. Die Aufzählung könnte fortgesetzt werden.

Herr Reiprich sprach bei Veran-

staltungen Worte der Erinnerung und Mahnung. Was sind seine Worte jetzt wert? Lippenbekenntnisse? Unaufrichtigkeit? Hat er ganz andere Ziele? Der Verdacht liegt nahe. Was hat Herr Reiprich nicht alles getan dafür! So wurde der Vertrag mit dem Förderverein, den Herr Reiprich »als sehr politisch« bezeichnet, mit jährlicher Kündigungsfrist einseitig geändert. Er führte Arbeitsrechtsprozesse gegen Mitarbeiterinnen der Gedenkstätte, denen er den Zugang zu E-Mails der Gedenkstätte und des Fördervereins entzogen hat. Untersagt wurde die Einnahme von Spenden. Den beiden Mitarbeiterinnen wurde zum 31.12.2012 gekündigt.

Mit diesen Vorgehensweisen gefährdet Herr Reiprich den Bestand und die Arbeit der Gedenkstätte und des Fördervereins. Der nationale und internationale Schaden ist nicht abzusehen. Die zuständige Ministerin, Frau Prof. Sabine von Schorlemer, wurde wiederholt mündlich und schriftlich auf den untragbaren Zustand hingewiesen – bisher ohne Reaktion. Auch dem Stiftungsrat und dem Beirat ist der Zustand bekannt. Sie sind hier zu Veränderungen im Sinne der Gedenkstätten und Vereine insgesamt gefordert!

Roland Hering, Radebeul

Kleider machen Leute - Thor Steinar macht Meinung



Kundgebung des Aktionsbündnisses »Vogtland nazifrei«

Wir wollen keine Geschäfte mit Nazis und kein Nazigeschäft in unserer Nähe! Plauen hat ein Problem mit Neonazis. Die von der Stadtführung ausgerufenen Taktik, über Jahre hinweg einfach die Fenster zu verschließen - sie hat nicht gewirkt. Dieses Erkenntnis ist nicht neu.

Mehr oder weniger neu hingegen ist der Standort des Nazi-Ladens »Oseberg«, der nach einem Räumungsurteil des Landgerichts Zwickau seinen Platz in den Kolonnaden räumen musste und nun in der Jößnitzer Straße unbehelligt weiter Kleidungsmarken wie Thor Steinar vertreibt.

Erst vor einigen Monaten sind die Abgeordneten der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag wegen Tragens eben dieser Marke mit Hilfe der Polizei

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung

aus dem Plenarsaal eskortiert worden. Den neonazistischen Hintergrund der vertriebenen Produkte hat das Aktionsbündnis »Vogtland Nazifrei« zum Anlass genommen, eine Kundgebung zu organisieren, zu der etwa achtzig Menschen erschienen sind. »Wir stellen uns entschieden gegen rechtes Gedankengut, Rassismus und Menschenfeindlichkeit in jeder Form. Wir setzen uns gegen den Vertrieb rechter Klamotten und der damit verbundenen Meinungsmache ein. Wir kleiden uns individuell und modisch. Wir brauchen und wollen keine rechte „Kampfbekleidung« im Vogtland und in Plauen.«, hieß es in dem entsprechenden Aufruf.

Matthias Eulitz vom DGB Zwickau-Vogtland begrüßte die Teilnehmer mit den Worten: »Wir haben uns heute

hier versammelt, um unseren Unmut kund zu tun! Unseren Unmut über einen sehr wichtigen Anlaufpunkt für das neonazistische Milieu in und um das Vogtland.

... Wir setzen uns ein für den Erhalt der Demokratie und die Freiheit aller Menschen! Für das friedliche Zusammenleben und Gleichberechtigung! Und wir brauchen kein Erkennungszeichen und keinen Dresscode, um unsere Gemeinschaft zu symbolisieren! Erst in der Verschiedenartigkeit und Vielfalt der Menschen liegt ihr Potenzial!«

Stefan Kademann von der IG Metall erinnerte daran, dass sich die Mordserie der NSU gerade zum ersten Mal jährt. Nicht ganz unberechtigt wirft er die Frage auf, was eigentlich noch geschehen muss, eh die Leute aufwachen und sich in großen Gruppen gegen Neonazis

in der Zivilgesellschaft wehren – nicht zuletzt, weil die Hauptstadt des Vogtlands dieses Jahr bereits mehrfach Schauplatz brauner Propaganda wurde.

Der Vertreter der VVN-BdA sprach für die bejahrten Antifaschisten, die zum Teil noch am eigenen Leibe den Hitlerfaschismus erdulden mussten. Sie seien erschüttert darüber, dass wieder Nazihorden auf den Straßen marschieren dürfen, faschistische Ideologie ungehindert verbreitet werden kann. Er rief alle, die den Nazigeist ablehnen, dazu auf, über weltanschauliche oder politische Differenzen hinweg zusammen zu stehen, gemeinsam zu handeln, den Zeitgeist im Sinne von Toleranz und Humanismus zu prägen.

Die Kundgebung wurde von einem Großaufgebot der Polizei »geschützt«.

Daniel Bache / Peter Giersich

Impressum:

V.i.S.d.P.: Peter Giersich, Redaktion:

Landesverband des VVN-BdA Sachsen,

Strehleener Straße 14, 01069 Dresden,

Tel.: 0351/49019 03, E-Mail: [vvn-bda-](mailto:vvn-bda-sachsen@t-online.de)

sachsen@t-online.de Spendenkonto:

Commerzbank Dresden, BLZ: 850 800 00,

Konto Nr. 052 82111 00



Gedenkstätte Münchner Platz in Dresden

Eröffnung Dauerausstellung über politische Justiz

Am 10. Dezember 2012, dem Tag der Menschenrechte, wurde im Görges-Bau der TU Dresden die neue Dauerausstellung feierlich eröffnet. Unter dem Titel »Verurteilt. Inhaftiert. Hingerichtet. Politische Justiz in Dresden 1933-1945 / 1945-1957« wird die Geschichte der politischen Justiz in Dresden beleuchtet. Grußworte hielten die Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, Frau von Schorlemer, der Rektor der TU Dresden, Herr Steinhagen, die Generalkonsulin der Tschechischen Republik, Frau Krejčíková, der Stellvertretende Direktor des Polnischen Instituts Berlin sowie die Zeitzeugin Frau Schütze.

Es war eine sehr gut besuchte Eröffnungsveranstaltung. Nach der feierlichen Eröffnung bestand die Möglichkeit für alle Teilnehmer, sich einen ersten Eindruck dieser neukonzipierten Ausstellung im »Georg-Schumann-Bau« zu verschaffen. Die Ausstellung thematisiert die Rolle der Strafjustiz im Nationalsozialismus und in der frühen DDR.

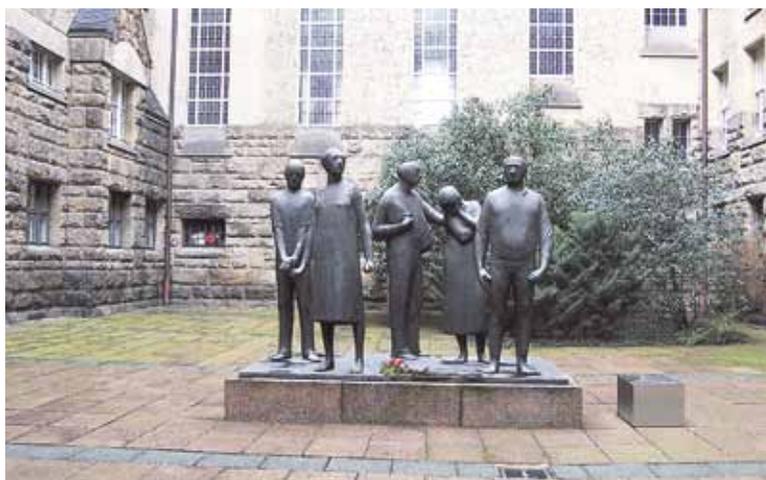
Dies wird auch in der räumlichen Gliederung der Ausstellung sichtbar:

Nationalsozialistische Strafjustiz, Strafjustiz der sowjetischen Besatzungsmacht, Strafjustiz in der Sowjetischen Besatzungszone und der frühen DDR. Ein kleiner Bereich ist der Geschichte der Gedenkstätte gewidmet.

Es sind mehr als 700 Exponate zu sehen. Medienstationen liefern in Bild und Ton Erfahrungsberichte von Zeitzeugen. Durch ein »Konjunktur-

Dresden jetzt umfassend erzählt, (kritisch) hinterfragt, diskutiert und angewendet werden auf die Gegenwart und Zukunft.

Der Landesvorstand Sachsen der VVN-BdA und auch der Stadtverband Dresden werden die neue Dauerausstellung unter dem Aspekt der demokratischen Erinnerungskultur im Freistaat und der beschlossenen Novellierung des Sächsischen



Innenhof der Gedenkstätte

Foto: X-WINZAR

programm« von Bund und Freistaat wurde diese Dauerausstellung erst ermöglicht. Mit der Ausstellung kann die Geschichte der Justiz in

Gedenkstattengesetzes Anfang des Jahres 2013 besichtigen und dazu Stellung nehmen.

Karin Jeschke, Dresden

Anzeige

Bildungsseminare in Heideruh

Regelmäßig finden in der Bildungsstätte Heideruh in Buchholz// Nordheide antifaschistische Bildungsseminare statt.

Darunter sind:



»EinsteigerInnenseminare«. Das gegenseitige Kennenlernen wird sich durch jedes Seminar ziehen. Nähere Infos und

Anmeldungen bitte an das Bundesbüro

per Telefon: 030-29784174

oder E-Mail: bundesbuero@vvn-bda.de richten.

Viel Echo auf antifa-Berichte vom September bis Dezember 2012

Namenlosen wurde eine Stimme gegeben

Zum Abschluss einer Diskussion

»Das Verlesen der über 750 Namen von in der Sowjetunion durch den NKWD ermordeten deutschen Antifaschisten am 25. Juli 2012 vor der Volksbühne hat zu Diskussionen innerhalb und außerhalb der Berliner VVN-BdA geführt. Mit diesen Leserbriefen beenden wir zunächst die Debatte zu diesem Thema auf der Länderseite. Ende September 2012 begrüßte der Bundesausschuss der VVN, dass der Arbeitskreis mit Veranstaltungen zu verfolgten deutschen Antifaschisten im sowjetischen Exil wichtige Impulse für eine diesem Inhalt verpflichtete Gedenk- und Erinnerungskultur gegeben hat.«



Hans Coppi

Weitere Leserbriefe

Kein ja, kein nein – aber auch kein Gegenvorschlag

»Nach der Wende begannen viele, über den Stalinismus zu reden. Nicht immer schien die Motivation ausschließlich an der Aufarbeitung orientiert. »Ein jeder von seiner Kirchturmspitze...« sagt der Russe. Nur die deutschen Antifaschisten, die in der UdSSR Opfer des »Großen Terrors« geworden waren, schienen ihr lebenslanges Schweigen fortzusetzen, fanden auch wenig Gehör, waren sie doch in ihrer Mehrheit Kommunisten geblieben und hatten versucht, in der DDR nun endlich am richtigen Sozialismus mitzubauen.

Heute ist dies anders. Publikationen, wissenschaftliche Arbeiten, Belletristik erscheinen auch aus diesem Blickwinkel. Seminare, Konferenzen, Filme und Ausstellungen existieren oder werden vorbereitet. Seinen Anteil daran hat auch der vor ca. vier Jahren gegründete Gesprächskreis zum Schicksal deutscher Antifaschisten im Gulag, der von der VVN-BdA unterstützt wird, jedoch Wert auf seine politische Eigenständigkeit legt. Andrej Reeder hat einen achtbaren Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung geleistet. An einige Aspekte seines Beitrags in der letzten antifa möchte ich hier anknüpfen.

Wie so viele machte auch unser Gesprächskreis die Erfahrung: je tiefer man in den Wald kommt, desto schrecklicher wird es. In einem Brief an Chruschtschow schrieb mein Vater Werner Schneidrat 1964: Und so bin ich einer der wenigen, () der siebzehn Jahre in den () Konzentrationslagern und Zuchthäusern der Stalinschen Epoche überlebte, davon 9 ½ Jahre in den Todeslagern () der fernen Kolyma. () Das Allerschlimmste für uns war nicht die Haft an sich, trotzdem Tausende ehrlicher Sowjet- und Parteiarbeiter,

Wissenschaftler, ausländischer Kommunisten, Offiziere der Roten Armee wie der Internationalen Brigaden in Spanien und einfache Werktätige der verschiedenen Nationalitäten gestorben sind, und ungeachtet des Hungers, der Kälte und der unvorstellbaren Misshandlungen! Nein, das Schlimmste war, dass wir nicht im Kampf gegen () den deutschen Faschismus () umkamen wie Millionen Kommunisten und fortschrittlicher Leute (), sondern dass wir unter den Händen der sogenannten »eigenen Leute« der Wachmannschaften, der Gefängnis-



Oswald Schneidrat, 25. Juli 2012 vor der Volksbühne Foto: Kappa Photo

wärter und der Untersuchungsrichter verendeten, die sich Sowjetbürger nannten und zum großen Teil sogar Parteigenossen.

Am 25. Juli 2012, dem 75. Jahrestag des Beginns der Deutschen Operation im Rahmen des Großen Terrors wurden die Namen der deutschen Opfer öffentlich verlesen. Ob mein Vater oder andere dieser Aktion zugestimmt hätten, weiß ich nicht - wir können sie ja nicht mehr fragen. Über den Brief an Chruschtschow hat er jedenfalls nie öffentlich gesprochen. Zu Hause war das Thema kein Geheimnis, aber auch ich war von der Richtigkeit des öffentlichen Schweigens überzeugt. Heute jedoch treibt mich die Frage um, wem das damalige Schweigen denn wirklich genutzt hat und wem man damit heute in die Hände spielen würde. Jeder, der Konzepte für die Zukunft anbieten

will, muss u.a. auch seinen Kindern - erklären, was in dieser Zukunft auf keinen Fall mehr passieren darf. Die Tatsache, dass hier wieder jeder von seiner Kirchturmspitze reagiert, ist für mich kein Anlass zu schweigen. Unser Gesprächskreis hat vor gut zwei Jahren der Partei Die Linke vorgeschlagen, am Karl-Liebknecht-Haus eine Gedenktafel für die Deutschen Antifaschisten und Kommunisten anzubringen, die Opfer der Repressionen in der UdSSR wurden. Wir suchen nach einem Ort des würdigen Gedenkens und meinen, dass die meisten Op-

fer dieses Haus als ihre politische Heimat betrachteten. Seither gibt es weder ein ja, noch ein nein aber auch keinen eigenen Vorschlag, wo und wie diese Menschen denn geehrt werden sollten. Die mit unserer Diskussion erreichte Öffentlichkeit ist ein Erfolg. Einen Ort der Erinnerung gibt es aber immer noch nicht.«

Oswald Schneidrat, Berlin

Anmerkung: Der Großvater Oswald Schneidrat (1883-1937) ging 1924 mit seiner Familie auf Beschluss der KPD in die Sowjetunion. Oswald Schneidrat wurde im Juli 1937 vom NKWD in Moskau zum Tode verurteilt und erschossen, seine Frau und Tochter verbrachten viele Jahre in Lagern. Der Sohn Werner Schneidrat (1908-2001), festgenommen im November 1937,

kehrte im Dezember 1955 mit seiner Familie in die DDR zurück.

Ein Widerwort zu Andrej Reders Widerwort Wem nützt es, wenn wir schweigen?

Andrej Reeder, dessen Vater, ein deutscher Kommunist und Antifaschist, 1938 für zehn Jahre an die Kolyma verbannt worden war, später rehabilitiert wurde und in die DDR kam, fand die Ehrung der während des Großen Terrors in der UdSSR ermordeten deutschen Antifaschisten, die am 25. Juli 2012 vor der Berliner Volksbühne stattfand, nicht angemessen. In seinem Widerwort-Artikel (antifa November-Dezember) zu einem Beitrag von Thomas Kuczynski (antifa September-Oktober) heißt es, der Ansatz von Antifaschisten und Sozialisten müsse heute doch ein anderer sein als der von notorischen Antikommunisten, die bewusst oder unbewusst dem Zeitgeist huldigten. Dass der Ansatz von Thomas Kuczynski in seinem Artikel »Ein Wort zu den Lehren aus der Geschichte« tatsächlich ein anderer ist als der von notorischen Antikommunisten, will Andrej Reeder wohl nicht bestreiten. Überwiegend Angehörige und Hinterbliebene der Opfer verlesen während der bewegenden Veranstaltung vor der Volksbühne annähernd 800 Namen von auf Stalins Befehl ermordeten deutschen Kommunisten und Antifaschisten. Das jüngste Opfer war gerade 16 Jahre, das älteste 72 Jahre alt, als sie die Kugeln trafen. Mehr als 40 Frauen teilten ihr Schicksal. Andrej Reeder hat an der Zeremonie vor der Volksbühne nicht teilgenommen. Warum? Zitat: »Die eigentlichen Opfer, derer gedacht werden sollte, würden sie heute noch leben, hätten ihrer Überzeugung und ihrem standhaften Leben folgend einer solchen Ehrung mit

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung

großer Wahrscheinlichkeit nicht zugestimmt.« Welch ein abstruser, grotesker Gedankengang. Wenn sie denn noch leben würden, hätte diese öffentliche Ehrung nicht stattfinden müssen. Es kommt aber noch ärger: »Sie (...) hätten sich dagegen gewandt, wenn man versucht hätte, ihre Namen im anhaltenden kalten Krieg für Ziele zu instrumentalisieren, für die sie nie standen.« Was denn nun? War die Lesung vor der Volksbühne eine Fortsetzung des Kalten Krieges, waren etwa alle Anwesenden, auch der gescholtene Thomas Kuczynski, vielleicht auch Hans Coppi, kalte Krieger, die Namen und Biografien der Opfer instrumentalisierten? Andrej Reders Wunsch war, dass bei der Lesung »der Lebenseinsatz der zu ehrenden Antifaschisten im Vordergrund gestanden hätte. Das wäre ganz im Sinne der zu Ehrenden wie auch des antifaschistischen Konsenses der VVN-BdA gewesen«. Und sonst nichts weiter? Nicht ihr Tod, ihre Ermordung per Genickschuss? Der Autor kann allerdings den Verdacht nicht ausräumen, dass es ihm trotz aller Eingangsbeteuerungen in seinem Artikel, es handele sich um haarsträubende Verbrechen, letztlich darum geht, über das Geschehene doch bitte Schweigen zu bewahren. Aber, wem nützt es, wenn wir weiter schweigen, wurde zu Recht während der Namens-Lesung gefragt.

Zum antifaschistischen gehört auch der antistalinistische Konsens in der Berliner VVN. Bereits im Mai 1990 haben wir uns auf dem Gründungskongress des Bundes der Antifaschisten der DDR mit dem Stalinismus sowie seinen Verbrechen auseinandergesetzt und uns zu einem mahnenden Gedenken an die Opfer der Stalin-Ära bekannt. Der Bund der Antifaschisten Treptow e.V. hat danach eine erste Ausstellung zum Gedenken an die in der Sowjetunion ermordeten deutschen Kommunisten und Antifaschisten gestaltet.

Rolf Schiek, Berlin

Gegen Ausgrenzung

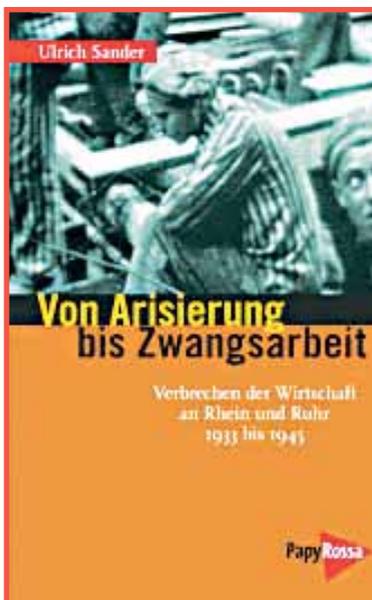
Im ND las ich über die Gedenkveranstaltung am 25. Juli für die deutschen Opfer des stalinistischen Terrors. Am 28./29. Oktober 2011 fand eine Konferenz zum Thema Nach dem Schweigen statt, an der ich mit meiner Tochter teilnahm. Vor uns saß Elfriede Brüning. Vor mir liegt das von ihr signierte Buch: Lästige

Zeugen. Die Liste der Berichte ist lang. Ich denke an Trude Richter: »Totgesagt« oder an Ulla Plener: »Leben mit Hoffnung in Pein«.

Ich verstehe nicht den Streit über die Würdigung der antifaschistischen Opfer und die stalinistischen Verbrechen. Wenn jemand meint, dass wir Wasser auf die Mühlen der kapitalistischen Kräfte schütten, so ist das Gegenteil der Fall. Nein, das Mühlenrad haben andere viel früher in Gang gesetzt. Man muss auch nicht mit jeder Meinung immer einverstanden sein. Übrigens ist das Thema »Nach dem Schweigen« nicht nur eines der Berliner VVN-BdA. Ich wünschte mir mehr in der antifa darüber zu lesen.

Wie und in welcher Form man sich der tapferen Antifaschisten erinnert, darüber muss man sich doch einigen können. Das Wichtigste ist, die Wahrheit aufzudecken, die stalinistischen Opfer nicht zu vergessen, den Tapferen, Unschuldigen ihre Würde und ihre Namen wieder zu geben. Das sind wir ihnen schuldig.

Anita Tschapek, Leipzig



Ulrich Sander (Hg.)
Von Arisierung bis Zwangsarbeit - Verbrechen der Wirtschaft an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945
PapyRossa Verlag
347 Seiten,, EUR 16,90 [D]

Das Buch stützt sich auf selbstrecherchiertes Material von Geschichtswerkstätten und VVN-BdA, um an Verbrechen der wirtschaftlichen Eliten zu erinnern.

Ein Abend mit der Berliner VVN-BdA...

Antifa – Jour fixe

EIN ABEND MIT DER BERLINER VVN-BdA e.V.
 Immer am 3. Montag im Monat, immer um 18.30 Uhr, immer im Café Sibylle, Karl-Marx-Allee 72, 10243 Berlin

Sonntag, 21. 1., 18.30 Uhr
 Susanne Hantke im Gespräch – Bruno Apitz: Nackt unter Wölfen
 Susanne Hantke hat den Roman von Bruno Apitz um die Rettung eines 3-jährigen Jungen im KZ-Buchenwald neu herausgegeben. Wir stehen vor einer Neuentdeckung eines der wichtigsten Romane der Nachkriegszeit und erleben durch diese Ausgabe selbst ein Stück Rezeptionsgeschichte mit. Durch die Neuausgabe wird die mehrfache Bearbeitung und Überarbeitung des Ursprungstextes vor der Erstveröffentlichung 1958 sichtbar. Apitz hatte das Manuskript dem Komitee der Antifaschistischen

Widerstandskämpfer in der DDR vorgelegt, strich und veränderte geduldig. Erweiterte Neuausgabe, herausgegeben mit einem Nachwort von Susanne Hantke und Angela Drescher Aufbauverlag 2012

Montag, 18. 2., 18.30 Uhr
 Walter Kaufmann erzählt aus seinem Leben und liest aus seinem Buch Im Fluss der Zeit – Auf drei Kontinenten Am 19. Januar 1939 erreicht Walter Kaufmann mit inem der letzten jüdischen Kindertransporte aus Nazi-Deutschland das rettende London. Obstpflücker, Soldat, Hafenarbeiter, Hochzeitsfotograf, Seemann, Schriftsteller in Australien das sind die nächsten Stationen seines Lebens, das einem Abenteuerroman gleicht. Wir hören von der Gewerkschaftsbewegung der Seeleute, Israel, den Prozess gegen Angela Davis, sein Leben in der DDR. Walter Kaufmann durchmisst die Spanne von über acht Jahrzehnten in seinem packenden Lebensreise-Bericht.

Redaktion: Dr. Hans Coppi

Franz-Mehring-Platz 1,
 10243 Berlin

Telefon: 030 / 29 78 41 78
 Fax: 030 / 29 78 43 78

Internet:
<http://berlin@vvn-bda.org>
 E-Mail: berlin@vvn-bda.org

Wir bitten um Spenden für den Berliner VVN-BdA!

Spendenkonto:
 Postbank Berlin
 Konto-Nr.: 315 904 105
 BLZ: 100 100 10



Veranstaltung

Dienstag, 15. 1., 15.00 Uhr

Wie kam es zum 30. Januar 1933?
 Die Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e.V. setzt am 15. Januar ihre im November 2012 begonnene Veranstaltungsserie aus Anlass des 80. Jahrestages der Errichtung einer faschistischen Diktatur in Deutschland fort. Ulrich Sander aus Dortmund spricht zu dem brisanten, bis heute kontrovers diskutierten Thema: »Die Rolle der deutschen Großwirtschaft bei der ‚Machtergreifung‘ und bundesdeutsche Tabus im Umgang mit den Unternehmern als Täter«.

Ort: Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Saal B, Stauffenbergstr. 13-14, 10785 Berlin